

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Abg. Katharina Schulze
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Thomas Kreuzer
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Florian von Brunn
Abg. Gerd Mannes
Abg. Gabi Schmidt
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Julika Sandt
Abg. Oskar Atzinger
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Uli Henkel
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Dr. Dominik Spitzer

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage angesichts des Krieges in der Ukraine und den
Entscheidungen zu Corona**

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Bayern!
Es ist Krieg. Es ist Krieg in Europa, Tag 20 eines nicht provozierten Angriffskrieges.
Dies – das muss man immer wieder zur historischen Einordnung sagen – ist der Krieg
eines Mannes. Dies ist der Krieg Putins und nicht eines Volkes. Putin ist allein verant-
wortlich. Er hat alle belogen, und er muss dann auch die alleinige Verantwortung für
alle Taten übernehmen, die jetzt in der Ukraine begangen werden.

(Beifall)

Ich glaube, im Namen aller sagen zu können: Auch wir unterstützen die Bundesregie-
rung und fordern einen sofortigen Waffenstillstand, das Ende der Angriffe, das Ende
des Schießens auf Zivilisten, die Anerkennung des Rechts, und zwar nicht irgend-
wann, sondern jetzt, sofort, am heutigen Tag!

(Beifall)

Putin mag die Schlacht gewinnen, aber den Krieg verlieren. Ihm sind viele Fehlein-
schätzungen unterlaufen. Er hat die eigene Stärke offenkundig überschätzt, den Wi-
derstand des ukrainischen Volkes unterschätzt und die Einheit des Westens und der
NATO falsch eingeschätzt. Ich sage das auch hier, an dieser Stelle: Bei allen Schwie-
rigkeiten, die es gibt, ist die Einheit und Geschlossenheit Europas und auch der NATO
ganz wichtig, und ich freue mich über jeden amerikanischen Soldaten, der auf bayeri-
schem Boden ist und mithilft, Europa und die NATO zu verteidigen.

(Lebhafter Beifall)

Wir stehen alle zusammen, Seit' an Seit' mit der Ukraine. Das Leid der Ukrainer, der Bevölkerung, ist groß. Wir haben großes Mitgefühl und viel Empathie. Wir sind alle Ukrainer in diesen Zeiten.

Ich danke ausdrücklich für die große Solidarität und Hilfe. In München kamen 45.000 Menschen zusammen. Das waren übrigens mehr Teilnehmer, als je eine Corona-Demo in Bayern hatte. Mein Dank geht auch an die bayerische SPD, auch an Sie, Herr von Brunn. Dies war eine gute, eine wichtige Aktion. Ein herzliches Dankeschön an Sie und an alle, die dabei waren!

(Beifall)

Es ist beeindruckend, wie viele helfen. Kinder und Schüler backen Kuchen, um Spenden für die Ukraine zu erlösen. Unzählige Einzelpersonen fahren auf eigene Gefahr, eigene Verantwortung und eigene Kosten Transporte von Hilfsgütern an die Grenze und in die Grenzbereiche. Unternehmen, Vereine, Sportler, Künstler, alle Gemeinden helfen und helfen mit. Mein besonderer Dank gilt den Wohlfahrtsorganisationen, stellvertretend der Frau Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes. Die Wohlfahrtsorganisationen stehen in dieser Krise wieder an vorderster Front. Seit zwei Jahren sind sie im Dauerkrisenmodus, und sie leisten großartige Arbeit. Ein herzliches Dankeschön an alle Helferinnen und Helfer!

(Lebhafter Beifall)

Als Ministerpräsident bin ich dankbar, dass Bayern hilft, und stolz darauf, wie Bayern hilft. Bayern zeigt ein großes Herz. Die Gefühle unserer Bevölkerung sind aber zweigeteilt und zum Teil auch gespalten. Auf der einen Seite herrschen großes Mitgefühl und Empathie, auf der anderen Seite steht die wachsende Sorge: Was bedeutet das alles auf Dauer für unsere Sicherheit und, ja, auch für unseren Wohlstand? – Ich darf versichern und versprechen: Wir nehmen alle Sorgen ernst. Wir haben alles im Blick. Wir wollen helfen. Ich sage an dieser Stelle aber auch ganz deutlich, weil es heute Morgen Bemerkungen der Unsicherheit gab: Wir verstehen den Wunsch der Ukraine

nach noch mehr Einsatz auch dort. Aber für das Militärische sei klar gesagt: Wir sind nicht Konfliktpartei. Dies ist kein NATO-Fall, und es soll auch keinen diesbezüglichen Einsatz geben. Wir helfen sehr gerne, aber dies ist nicht notwendig, nicht geeignet und wäre nicht richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deutschland soll keine Konfliktpartei unmittelbar in den Kämpfen werden.

(Beifall)

Wir müssen also entschlossen und besonnen handeln, mit Herz und kühlem Kopf. Unsere Strategie basiert auf drei Säulen: Hilfe, Sanktionen und Schutz unseres Landes. Erste Säule: Hilfe heißt neben Hilfstransporten vor allen Dingen Schutz für die Menschen, die zu uns kommen, die geflohen sind. Es sind sehr viele auf der Flucht. Täglich, je länger der Krieg dauert, werden es mehr. Bayern ist auch hier bereit, mit großem Herzen zu helfen. Überall arbeiten alle rund um die Uhr. Die Menschen – das habe ich selbst erleben dürfen – sind übrigens sehr dankbar. Sie sind dankbar, dass eine Unterbringung und eine Aufnahme erfolgen, und viele sind auch froh, dass die Gerüchte, die darüber gestreut werden, wie man hier behandelt wird, nicht stimmen. Man sieht übrigens wie in jedem Krieg: Auf der einen Seite ist es der Kugelhagel in der Ukraine, auf der anderen Seite sind es die massiven Fake News, die gesteuert und gestreut werden, um die Menschen zu verunsichern.

Selbstverständlich klappt nicht alles perfekt und sofort. Wir sind alle nur Menschen. Ich danke allen, auch den Kommunen, auch der Landeshauptstadt, dafür, dass sie sich in dieser schweren Zeit so sehr einsetzen. Wir werden uns auch weiterhin eng abstimmen und verzahnen. Deswegen wird es morgen eine Konferenz mit allen Oberbürgermeistern und Landräten in Bayern geben, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Ein bisschen schade fand ich, was ich in der letzten Woche hier im Landtag gehört habe. Es gab sehr schrille Vorwürfe, wenn ich das so sagen darf: Bayern tue nichts, wenn, dann Falsches. Bayern sei unsichtbar. Die Vorwürfe gingen auch sehr stark an den Bayerischen Innenminister. Ich finde das deplatziert und möchte ihm an dieser

Stelle meinen persönlichen Dank aussprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich in Krisenzeiten so benimmt und so schrill agiert, zeigt, dass er Krisen nicht gewachsen ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir helfen und organisieren, und zwar mit Hochdruck. Der K-Fall war übrigens schon die ganze Zeit gegeben. Er wurde nie aufgehoben. Wir nehmen auf, wir versorgen, wir organisieren die Unterbringung, ja, wir registrieren selbst, alles durch die Polizei.

Bisher sind 50.000 Menschen nach Bayern gekommen, allein nach München kommen täglich fast rund 1.500. Auch hier in München sind alle im Einsatz. Es gibt zum Beispiel einen 24-Stunden-Aufnahmeservice der Caritas. Die Unterbringung wird organisiert in Erstanlaufstellen, Ankerzentren, Gemeinschaftsunterkünften, Wohnheimen, Pensionen, Gasthöfen. Zusätzlich bereiten wir alles in Messe- und Turnhallen vor, und es gibt auch Gespräche mit Kirchen und Klöstern, um alle Potenziale und alle Möglichkeiten zu nutzen.

Dabei geht es übrigens nicht nur um die Unterbringung. Diese ist der erste Schritt. Aber wir müssen weiter helfen, speziell den Kindern und Jugendlichen, die von diesem Krieg besonders betroffen sind und die in besonders großer Zahl zu uns kommen. Für sie gibt es psychosoziale Betreuung, eine rasche Integration in die Schule und in die Kita. Die Aktivitäten des Kultusministeriums, pädagogische Willkommensklassen noch vor der Schulpflicht in der Zeit der ersten drei Monate einzurichten, begrüße ich ausdrücklich. Auch die Personalgewinnung hierfür ist nicht einfach. Insoweit wird alles getan und versucht, unter anderem geht es auch darum, möglicherweise geflüchtete Lehrkräfte aus der Ukraine einzubeziehen.

Unser eigentliches Problem war bislang jedenfalls, dass man nie genau wusste, wann und wie viele Menschen kommen. Warum? – Weil die Informationen, die national gegeben wurden, sehr knapp waren. Der Innenminister hat mir berichtet, dass es manch-

mal nur eine Stunde Vorlauf gibt, um sagen zu können, ob und wann ein Zug beispielsweise in München eintrifft.

Das soll jetzt besser werden, zum Glück. Der Bund hat sich lange gewehrt. Noch am Wochenende hieß es, eigentlich brauche es keine Verteilung. Darüber gab es übrigens relativ großen Ärger unter den Bundesländern. Bundesländer wie Berlin, Brandenburg oder Hamburg, also keine Unionsländer, haben gemahnt, dies müsse besser koordiniert werden.

Der Bund will jetzt nachbessern. Das ist gut; denn wir brauchen auch hier klare Leitlinien, und zwar nicht nur für ein, zwei Tage, sondern für die nächsten Wochen. Jeder, der glaubt, dass dieser Konflikt in zwei, drei Wochen vorbei sein werde, ist naiv. Wir brauchen eine Koordinierung des Bundes mit den Ländern – ähnlich wie bei Corona. Wir brauchen eine Registrierung aller Schutzsuchenden in Deutschland. Wir brauchen eine gerechte Verteilung auf alle Länder nach dem Königsteiner Schlüssel. Wir brauchen eine Verteilung auch in der EU, wobei ich an dieser Stelle anmerken möchte: Das, was Polen und Ungarn derzeit leisten, ist enorm und verdient unsere große Anerkennung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und: Wir brauchen vollständigen Kostenersatz für die Länder und die Kommunen. Bayern ist wieder in Vorleistung gegangen. Es gab die Behauptung, Bayern lasse die Kommunen allein und sei nicht sichtbar. Wir haben von Anfang an gesagt: Wir übernehmen alle Kosten vorläufig; aber die Abrechnung muss am Ende vernünftig erfolgen – durch den Bund.

Meine Damen und Herren, wir alle haben unseren Beitrag zu leisten. Die Kommunen helfen vor Ort. Der Freistaat Bayern unterstützt und steuert. Es ist jetzt wichtig, dass endlich auch der Bund seiner Verantwortung nachkommt. Dies kann nur gemeinsam gehen. Der Bund darf Länder und Kommunen nicht alleinlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir helfen!

Zweite Säule: Sanktionen: Natürlich sind Sanktionen das zentrale Druckmittel auf Moskau. Wir stehen übrigens zu 100 % dazu. Klar ist aber: Es gibt deutliche Brems Spuren auch bei uns; sie werden jeden Tag sichtbarer.

Die Folgen für die Wirtschaft sind natürlich immens. Lieferketten brechen über Nacht zusammen. Dies führt zu Produktionsstopps und Kurzarbeit bei BMW und Audi, bei Stahlwerken, Automobilzulieferern und natürlich bei Maschinenbauern. Dazu kommt der Ausfall der Speditionen, weil viele Lkw-Fahrer nicht da sein können. Daher braucht es auch für die Wirtschaft Beistand. Es geht um sehr, sehr viele Arbeitsplätze in unserem Land. Deswegen ist es wichtig, die Kurzarbeitsregelungen auszuweiten sowie die Kreditprogramme von KfW und LfA zu erweitern. Und ja, es braucht noch einmal eine Anpassung der bisherigen Corona-Überbrückungshilfen. Die Unternehmen planen doch alle bereits um; sie wollen sich von diesen Lieferketten unabhängig machen. Aber zur Überbrückung ist Hilfe nötig.

Meine Damen und Herren, ich finde, wir sind zwei Jahre lang durch die schwere Corona-Zeit gegangen und dennoch wirtschaftlich gut aufgestellt. Wir sollten auch jetzt Beistand und Unterstützung für Wirtschaft und Arbeitsplätze leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Sanktionen wirken im Finanzsektor und anderswo. Aber am wirksamsten – als Druckmittel – sind sicherlich die Sanktionen im Energiesektor. Diese treffen Russland hart. Aber auch für uns ist es nicht einfach. Wir erleben explodierende Energiepreise und eine Hyperinflation – die sich übrigens bereits vor dem Ukraine-Krieg stark entwickelt hatte. Beim Sprit ist es der größte Preissprung aller Zeiten, den wir derzeit erleben. Dies belastet Millionen Deutsche – und damit auch Bayern –, die auf die Pkw-

Nutzung angewiesen sind, und natürlich die Wirtschaft. Ja, es geht um die Ukraine. Aber es geht auch um die soziale Lage der Menschen bei uns.

Zu dem Thema, über das in den vergangenen Tagen auch diskutiert wurde – wer dafür verantwortlich ist, dass Deutschland in Sachen Gasversorgung aus Russland vor einer Herausforderung steht –, habe ich vieles gehört und gelesen. Ich möchte dazu nur sagen: Die Abhängigkeit von Gas ist keine Erscheinung der letzten zehn Jahre. In den Siebzigerjahren, beginnend mit Willy Brandt, wurde entschieden, dass Deutschland mit Russland eine Gaspartnerschaft eingeht: Deutschland baut die Pipeline, Russland liefert das Gas. – Diese Partnerschaft haben Helmut Schmidt und Gerhard Schröder fortgesetzt, natürlich hat das auch Angela Merkel.

Die Wahrheit ist eindeutig: Vor allem nach dem Ausstieg aus der Atomenergie war jeder in Deutschland – jeder! – der festen Überzeugung, dass wir dann eine Brückentechnologie wie Gas brauchen. Allen, die jetzt behaupten, dieser oder jener sei schuld, möchte ich nur sagen: Das Verhalten von einzelnen Personen kann man kritisieren. Aber dies waren nationale Entscheidungen.

Der Vorwurf, eine Bayerische Staatsregierung habe eine Abhängigkeit produziert, obwohl die gesamte Energiepolitik in Bonn bzw. Berlin gemacht wurde, ist im besten Falle falsch, im schlechtesten Falle politisch fragwürdig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was also ist zu tun? Sanktionen? – Klar. Mehr? – Ja. Stärkere? – Auf jeden Fall. Aber wir sollten bei jedem einzelnen Schritt auch die Folgen bedenken. Respice finem!

Der Ausstieg aus der Nutzung von Öl und Kohle aus Russland ist schnell organisierbar; dies sagen alle Experten. Wie sieht es mit dem Sofortstopp der Nutzung von Gas aus? Ein sofortiges Gasembargo? Ich gebe zu: Wie viele andere Menschen habe ich

Sympathie dafür, weil es uns ärgert und beschwert, dass wir jeden Tag quasi Geld nach Russland überweisen müssen.

Aber ich gebe zu: Es gibt auch eine andere Seite; das sagt auch die Bundesregierung. Ich habe es selbst erlebt. Ich habe mit der gesamten bayerischen Wirtschaft eine Schalte gemacht, unter anderem mit Automobilherstellern, Maschinenbauern, den Industrie- und Handelskammern und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Von dort war ein deutlicher Warn- und Hilferuf zu hören. Die Folgen eines sofortigen, unmittelbaren Hals-über-Kopf-Ausstiegs wären für unsere energieintensive Wirtschaft unabsehbar. Das könnte das Ende des deutschen Businessmodells und den sozialen Abstieg für viele Millionen Deutsche bedeuten. Als Ministerpräsident kümmere ich mich natürlich um die Menschen in der Ukraine. Aber ich bin auch mitverantwortlich für die soziale Lage und die Arbeitsplätze unserer Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So gut es klingt und so gut es gemeint ist – "Frieren für den Frieden!", "Autofreie Sonntage!", "Fasten für die Ukraine!"; ich will wirklich sagen, dass das gut klingt –, so ist das am Ende doch kein belastbares Konzept für eine Wirtschaftsnation wie Deutschland und damit auch nicht für Bayern, meine Damen und Herren.

Das Ziel ist klar: Wir wollen in der Energiefrage komplett unabhängig werden von Russland. Der Bund soll und wird dazu einen Energie-Notplan vorlegen. Wir müssen wissen, entlang welcher Zeitachse es realistischerweise einen energiepolitischen "Independence Day" von Russland geben kann. Nach dieser Zeitachse müssen wir die weiteren Maßnahmen für die Energiepolitik treffen.

Die Anfangsmaßnahmen sind klar: Jetzt sind die Gasspeicher zu füllen. Flüssiggasterminals sind zu bauen – sehr gut! Aber seien wir bitte realistisch: Der Bau neuer Flüssiggasterminals im Norden dürfte mindestens bis 2025/2026 dauern. Dies ist ein längerer Zeitraum. Dafür müssen wir planen.

Deswegen sagen wir – nicht deswegen, weil wir das wollten oder weil wir besondere Anhänger wären, sondern aus einer vernünftigen Erwägung heraus –: Es hat doch keinen Sinn, das abzuschalten, was noch läuft. Wir haben jetzt Energieprobleme. Die Preise explodieren. Wenn uns Energie fehlt, noch eigene Energie vom Netz zu nehmen, ist unverständlich, meine Damen und Herren. 70 % der Deutschen sagen: Nicht abschalten! "Nicht abschalten!" gilt für Kohle. Aber – es tut mir leid, wenn das ideologisch dem einen oder anderen wehtut – dies gilt nun einmal auch für die Kernkraft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von den GRÜNEN)

Das Bayerische Umweltministerium als Genehmigungs- und Überprüfungsbehörde sagt: Eine Laufzeitverlängerung ist möglich. Isar 2 also nicht abstellen! Vielleicht Gundremmingen wieder ans Netz nehmen – vorläufig, für maximal drei Jahre.

Wenn man nur die drei restlichen noch in Deutschland laufenden Kernkraftwerke am Netz lässt, gibt das Strom für 10 Millionen Haushalte in Deutschland. Dafür bräuchte man als Ersatz mindestens 3.000 Windräder. Selbst die größten Optimisten glauben nicht, dass diese Versorgung über den Wind erfolgen kann. Daher brauchen wir eine Brücke, und diese heißt im Moment: Laufenlassen der Kernkraftwerke!

Ich sage Ihnen: Verlängern ist vernünftig, abschalten ideologisch. Ehrlicherweise muss ich hinzufügen: Die ganze Europäische Union setzt in diesen Zeiten darauf – als Ergänzung, manche sogar hauptsächlich –, Kernkraftwerke weiterzubetreiben. Warum glauben wir, dass wir schlauer seien als all unsere europäischen Freunde?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das allein reicht nicht aus; das ist klar. Natürlich müssen wir auch bei Erneuerbaren Energien vorankommen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich bin manchmal überrascht, wie wenig der Landtag, wenn hier über dieses Thema geredet wird, wahrnimmt, was Bayern eigentlich ist. Bayern ist das Spitzenland bei erneuerbaren Energien!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich selbst habe als Umweltminister daran mitgearbeitet, damals übrigens mit dem Kollegen Zeil von der FDP. Wir haben Energiekonzepte entwickelt, die bis heute tragen. Bayern ist bei fast allen erneuerbaren Energien Nummer eins in Deutschland: Photovoltaik, Wasser, Biomasse, Geothermie.

Nur in einer der regenerativen Energien sind wir nicht Nummer eins – das stimmt –, beim Wind. Sind wir beim Wind Letzter in Deutschland? Sind wir der Schlechteste? – Falsch! Meine Damen und Herren, wir liegen auf Platz 8 mit Anzahl und installierter Leistung. Unsere Freunde aus Baden-Württemberg liegen bei der Anzahl auf Platz 12. Hinter uns liegen noch die Länder Hessen, Sachsen und Thüringen. All diese Länder haben eine grüne Regierungsbeteiligung. Ich mache keinen Vorwurf, aber eines will ich sagen: Statt hier im Landtag immer etwas zu fordern, was man selbst in der eigenen Regierungsverantwortung nicht umsetzen kann, sollte man erst mal die Hausaufgaben machen, bevor man andere kritisiert und belehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Schauen wir noch ein bisschen genauer hin. Ich finde, gerade beim Wind ist der Vergleich mit unseren Nachbarn in Baden-Württemberg spannend. Es gibt einen Unterschied zwischen Bayern und Baden-Württemberg: In Bayern ist ein Schwarzer, in Baden-Württemberg ein Grüner Ministerpräsident – einer, den ich sehr schätze. Die Ergebnisse beim Wind sind aber gar nicht so unterschiedlich. Ich habe es gerade angesprochen.

(Unruhe)

– Hören Sie zu! Es ist gut, die Fakten zu wissen. Wenn man Fakten hat, braucht man nicht ideologisch zu argumentieren. Das ist ganz einfach. Also: nur zehn Windräder in zwei Jahren. Die Leistung liegt hinter Bayern. Die Aussage, 10 H sei an allem schuld, ist, wenn man ehrlich ist, nicht zutreffend. Ich glaube, das ist keine politische Problematik, sondern eine topografische und geografische; denn die Realität ist: Der Süden ist keine optimale Windregion. Im Norden ist der Wind stark und die Sonne schwach. Im Süden ist die Sonne stark und der Wind schwach. Ich bitte, endlich einmal die natürlichen Realitäten einzubeziehen und zu akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Winfried Kretschmann – –

(Unruhe)

– Zuhören! – Winfried Kretschmann moniert sehr stark, dass eines der Grundprobleme sei, dass die nationalen Ausschreibungsquoten für Windenergie den Süden massiv benachteiligten. Er hat recht. Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass die Südquote bei der EU endlich durchgesetzt wird. Hier kann uns der Bund sehr helfen.

Übrigens scheitert Windenergie nicht im Wesentlichen am Landtag. Sondern die Windenergie scheiterte oft am Protest vor Ort. Das gilt übrigens nicht nur für Windenergie, sondern auch für erneuerbare Energien insgesamt. Erneuerbare Energien, zum Beispiel Stromleitungen dafür, werden zum Teil überall vor Ort bekämpft. Grüne sind auch gegen Stromtrassen, in Bayreuth und Nürnberg. Grüne sind auch gegen den Netzausbau, es gibt Briefe von Hofreiter an Altmaier. Grüne sind auch gegen die Wasserkraft, beispielsweise im Allgäu.

Ich will nur eines sagen, und das gilt für jeden, für uns wie für andere: Ich finde es wenig überzeugend, wenn man im Landtag immer alles fordert und vor Ort dagegen ist. Meine Damen und Herren, entweder, oder! Man muss sich entscheiden. Das ist die Frage.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für die Statistiker noch eine wichtige Zahl, die die Fachagentur Windenergie übermittelt hat: Wer, glauben Sie, ist denn der Kläger Nummer eins gegen Windkraft? Wer klagt denn am meisten? Sind es die Bürger, Unternehmen oder Bürgermeister? – Nach der Fachagentur Windenergie sind es die Naturschutzverbände. 61 % aller Klagen gegen Windenergieanlagen kommen von Umwelt- und Naturschutzverbänden, nur 36 % von Privatpersonen. Ich hoffe sehr, dass Sie oder andere da Ihren Einfluss wahrnehmen. Das ist nämlich die Realität, auch da wird ständig geklagt. Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, dann gilt das aber für alle, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich appelliere an Sie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen mehr erneuerbare Energien, das ist keine Frage. Wir nehmen übrigens den Klimaschutz sehr ernst. Wir sind das einzige Bundesland, das eine Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert, in breiter Form. Wir werden dem Bundesklima- oder -wirtschaftsminister auch noch in Deutlichkeit schreiben, wo wir unsere Potenziale sehen.

Die großen Potenziale Bayerns liegen in den klassischen bayerischen Südenergien. Ich habe das schon angesprochen: Photovoltaik, Wasser, Biomasse, Geothermie – darin ist Bayern stark, weil das zu Bayern passt. Wir brauchen mehr Photovoltaik, die Stärkung von Agrar- und Moorphotovoltaik, eine Vergütungserhöhung bei den Dächern. Wir haben übrigens bereits eine Solarpflicht. Speicherprogramme wie in Bayern brauchen wir auch auf nationaler Ebene. Auch bei Wasserkraft gibt es noch Potenzial. Wasserkraft ist übrigens rund um die Uhr einsetzbar – egal, ob die Sonne scheint oder der Wind weht.

Bundesminister Habeck sagt, Versorgungssicherheit gehe vor Naturschutz. Recht hat er, wenn er das sagt. Das ist aber beachtlich für die GRÜNEN. Wir werden sie daran messen.

Was für Wind gilt, gilt auch für Wasser. Deswegen braucht es natürlich Effizienzprogramme für die große Wasserkraft, Mehrvergütung für die kleine Wasserkraft und rechtliche Erleichterungen im Wasser- und Naturschutzrecht, um das an der Stelle zu ermöglichen.

Ähnliches gilt für Biomasse und Geothermie. Biomasse passt zu Bayern, weil es eine gute Ergänzung zu unserer Landwirtschaft ist. Die Geothermie gibt es nur im Süden Deutschlands, weil wir auf dem süddeutschen Molassebecken sitzen, einer Art Wärmeflasche.

Beide Maßnahmen kann man hervorragend fördern und unterstützen, meine Damen und Herren. Deswegen sage ich auch ganz deutlich: Wir möchten mehr Unterstützung durch den Bund in all diesen rechtlichen Fragen. Das sind unsere stärksten Energieträger, mit denen wir den größten Sprung machen können. Ich hoffe sehr, dass der Bund mitmacht. Sollte sich der Bund verweigern, was ich nicht glaube und auch nicht hoffe, müssten wir das auch als Signal verstehen, als ein Signal dafür, dass man nicht nur energiepolitische, sondern vielleicht auch andere Motive sieht. Vielleicht geht es dem einen am Ende auch um Standortfragen. Die Ampel denkt sehr norddeutsch, so droht es sich zu entwickeln. Ich hoffe sehr, dass das keine dauerhafte Entwicklung ist. Wir wollen im Süden nicht bei dem Thema Energie abgehängt werden, sondern wir wollen, dass auch süddeutsche Energie umgesetzt und gestärkt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Nun zum Wind: Natürlich geht beim Wind in Bayern mehr. Das ist doch keine Frage. Ich bin nicht gegen Windenergie. Ich gehöre nicht zu denen, die das nicht unterstützen. Aber – das sage ich auch – deren Nutzung muss mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger geschehen. 10 H ist eine Form der Bürgerbeteiligung. Es wundert mich sehr, dass viele Parlamentarier gegen Bürgerbeteiligung sind. 10 H bleibt deswegen.

Wir wollen eine Reform machen, mit Ausnahmen. Es gibt auch viele Instrumente, wie Ausnahmen stattfinden können. In Ebersberg hat sich zum Beispiel gezeigt, dass ein Bürgerentscheid befriedigende Wirkung haben könnte. Beim Wind gibt es doch noch andere Probleme. Neben der Frage der Effizienz einer Windanlage gibt es – das wird manchem schwerfallen zu akzeptieren – auch unterschiedliche Befindlichkeiten in ganz Bayern. Es gibt eine ungleiche Verteilung im Land. Viele Planungsregionen hatten Flächen ausgewiesen. Viele haben nichts oder wenig gemacht.

Das ist der Stand heute: Nach einer Karte, die mir der Bayerische Wirtschaftsminister dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, hat Franken 70 % aller Windräder. Niederbayern hat im Moment nur 1,5 %. In Oberbayern sind es 8,5 %, davon liegt fast alles im Norden; im Oberland gibt es nur einziges Windrad.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr dafür, dass wir die Windkraft verbessern. Aber es muss regional fair, es muss regional ausgewogen sein. Wenn Wind, dann Wind für alle, meine Damen und Herren. Das müssen wir schaffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen keinen Unfrieden auf den Dörfern, sondern eine gemeinschaftliche Idee. Daher werden wir in den nächsten Wochen zu einem Windgipfel einladen – mit den Ministerien, mit allen 18 Planungsregionen, mit den Naturschutzverbänden, um mit ihnen über diese Klagefragen zu reden, mit dem Ziel, 500 plus x Windräder auf den Weg zu bringen. Wenn es nach mir geht, wird das ein deutliches X.

Ich habe nichts gegen die Windkraft. Ich glaube, sie kann einen wichtigen Beitrag leisten. Aber ich bleibe dabei, meine Damen und Herren: Es muss regional fair sein. Es muss mit und nicht gegen die Bürger erfolgen. Das ist bayerische, bürgernahe Politik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Schließlich muss Deutschland und Bayern auch Wasserstoffnation werden. Der Bayerische Wirtschaftsminister kämpft emsig und hervorragend, um diese Strategie voran-

zubringen. Bayern investiert auch enorm: Rund 500 Millionen Euro, also eine halbe Milliarde, betragen die Investitionen insgesamt, die wir breit gefächert auf den Weg bringen. Wir brauchen an der Stelle neben der Aktivität im eigenen Land auch Partnerschaften. Die norddeutschen Länder haben sich in den vergangenen Jahren sehr eng abgestimmt und eine gute Strategie entwickelt. Wir brauchen auch im Süden Wasserstoffallianzen. Wir laden unsere Nachbarn dazu ein, darüber zu reden, wie wir insgesamt auch den Süden als Industrieregion weiter stärken können.

Dafür ist auch wichtig, dass Pipelines geplant werden. Derzeit wird überlegt, eine Pipeline aus dem Norden zu planen. Sie wissen selbst, wie endlos lang die Leitungen sind. Wir brauchen nicht nur eine Wasserstoffpipeline von Nord nach Süd, sondern auch – ähnlich, wie wir das damals beim Öl hatten – von Italien im Süden zu uns, um entsprechend stark zu werden.

Außerdem müssen wir auf der ganzen Welt nach Alternativen suchen und neue Partnerschaften schließen. Das macht übrigens auch der Bundesminister, was ich respektiere. Das gilt auch für Bayern, um die Versorgung unserer großen Wirtschafts- und Industrieregion und des zweitgrößten Bundeslandes, was die Bevölkerung betrifft, zu sichern. Ich werde deswegen selbst auch in die Golfregion reisen und versuchen, auch für uns Reserven für bezahlbare neue Energien mit zu erschließen. Bayern ist dort ein hochkompetenter und gefragter Partner für Wissenschaft und Technologie. Ja, Energie ist keine ideologische Nische, sondern das Topthema für die Bürgerinnen und Bürger und für Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es geht nicht nur um Versorgungssicherheit – das ist der eine Teil –, es geht schon auch um den Preis. Viele können sich Energie bald nicht mehr leisten. Millionen Menschen sind auf ihr Auto angewiesen, um zur Arbeit zu kommen oder das Familienleben zu organisieren. Wir müssen aufpassen, dass der Spritpreis nicht zur Armutsfalle wird. Die Bundesregierung, die Ampel, muss darauf reagieren. Bislang waren es eher

halbherzige Maßnahmen. Die reichen nicht aus. Es braucht einen großen Wurf. Warum? – Ein Teil der Preisexplosion wird vom Staat mit unterstützt. Mehrwertsteuer und andere Steuern wirken quasi als Brandbeschleuniger. Andere Länder reagieren übrigens schnell und rasch, so zum Beispiel Frankreich oder die Niederlande. Warum sind wir so zögerlich?

Allein in den letzten Tagen gab es reihenweise Interviews, bei denen der Bundesfinanzminister sagte: Nein, nein, nein, nein – und das auch am Wochenende. Am Sonntag gab er zwei Interviews. Beim einen sagte er Nein, beim anderen am Abend sagte er Ja. Ich muss ganz ehrlich sagen: Wie er es macht, ist mir egal, aber so ein Hin und Her versteht kein Mensch. Wir brauchen keine Minipakete, sondern eine deutliche Entlastung. Der Spritpreis muss mit Mehrwertsteuer und Energiesteuer um circa 50 Cent gesenkt werden. Diese Entlastung brauchen wir beim Benzin und beim Diesel.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich schätze persönlich Christian Lindner sehr, aber so richtig verstehe ich seinen neuen Vorschlag nicht. Rabatt ab zwei Euro, wie soll das gehen? Tankstellenbesitzer warnen schon davor. Müssen sie jetzt Zettel horten? Muss jetzt der bayerische Finanzminister hunderttausend oder zweihunderttausend neue Finanzbeamte einstellen? Gehen die Tankstellenbesitzer in der Zwischenzeit pleite, weil sie ihre Rechnungen bezahlen müssen? Der einfachere Weg wäre doch eindeutig die Senkung von Steuern. – Lieber Kollege Fischbach und liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass ihr lieber auf Bürokratie setzt, statt Steuern zu senken, ist völlig neu. Bleibt bei der alten Linie, die Steuer muss runter. Das ist der bessere Weg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Steuersenkungen allein reichen übrigens auch nicht. Die Pendlerpauschale muss erhöht werden, damit der ländliche Raum nicht abgehängt wird. Die Stromsteuer muss auf EU-Niveau gesenkt werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir brauchen einen

Industriestrompreis für die energieintensive Wirtschaft. Der Heizkostenzuschuss für die Schwächeren muss verdoppelt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, wir müssen handeln, und das nicht nur ein bisschen und auch nicht irgendwann, sondern diese Woche. Es ist endlich Zeit, die Bürgerinnen und Bürger in dieser schwierigen Zeit zu entlasten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zur Versorgungssicherheit gehören übrigens nicht nur die Energie, sondern auch die Lebensmittel. Die Bürgerinnen und Bürger und die Landwirtschaft spüren auch hier die Sanktionen und müssen feststellen, wie die Welt vernetzt ist. Knappheit bei Agrarrohstoffen und Düngemitteln ist erkennbar. Die Preise steigen schon an. Auch darauf müssen wir kurz- und langfristig reagieren. Kurzfristig ist es gut, wenn der Bundeslandwirtschaftsminister sagt, es könnten mehr Flächen bewirtschaftet werden. Das ist richtig. Reicht das als Antwort, wenn man langfristig unabhängiger werden will? – Ich glaube es nicht. Ich glaube, wir müssen dauerhaft agieren und nicht nur für ein Jahr. Deswegen hat auch die Bayerische Landwirtschaftsministerin, die übrigens großartige Arbeit leistet – das möchte ich an der Stelle ausdrücklich sagen –, sich schon klar dafür –

(Beifall bei der CSU)

Dafür kann man ruhig klatschen. – Sie hat sich klar dafür ausgesprochen, über die massenhafte Stilllegung von produktiven Agrarflächen und auch über das gesamte Ausgleichssystem nachzudenken. Wenn wir uns in der Lebensmittelversorgung unabhängiger machen wollen, müssen wir Zugriff auf die Flächen haben, die in Bayern mit hoher Qualität bewirtschaftet werden können.

(Beifall bei der CSU)

Dabei können wir alle mithelfen. Über die Landwirtschaft kann in Deutschland neu nachgedacht werden. Das gilt vor allem für die Betriebsgrößen. Die Betriebsgrößen sind doch unterschiedlich. Dabei ist das bayerische Betriebsgrößenmodell die entscheidende Basis für die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Wir brauchen Familienbetriebe anstatt Agrarfabriken. Wir brauchen in diesen Zeiten eine kleinräumige und stabile Lebensmittelkettenstruktur. Und dabei ist die regionale Produktion wichtig. Ob bio oder konventionell, Hauptsache regional! Deswegen müssen wir die regionale Produktion von Lebensmitteln stärken. Ich bleibe dabei, auch das wäre ein Ansatz: Gerade wird viel Geld unterwegs durchs Land gegeben. Dabei wäre es ein Ansatz, die Mehrwertsteuer für regionale Lebensmittel weiter zu senken. Das bayerische Steak und die bayerischen Nahrungsmittel sollten doch günstiger sein als Materialien und Lebensmittel, die uns aus anderen Teilen der Welt geliefert werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben hier schon viele Debatten geführt, bei denen es immer sehr ideologisch zugeht. Ich will es einfach einmal so sagen: Alle, die in den letzten Jahren ihre Hauptaufgabe darin gesehen haben, die bayerische Landwirtschaft an den Pranger zu stellen, und die mit Misstrauen eine neue Bürokratie nach der anderen gefordert haben, sollten jetzt umdenken. Dass wir etwas zu essen haben, liegt an der Landwirtschaft. Die Landwirte sind die Guten, und sie haben es endlich einmal verdient, dass wir ihnen eine Lobby geben und dass wir sie unterstützen, statt dass wir sie ständig bedrängen und ihnen weniger Möglichkeiten geben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritte Säule: Schutz; ein letzter Punkt in Bezug auf die Ukraine: Neben Sanktionen und Hilfen vor Ort geht es auch um den militärischen Schutz für unser Land und für die gesamte NATO. Wir brauchen eine stabile und starke Verteidigung für Deutschland, aber auch als Bündnispartner. Seit Jahren steht die Bundeswehr in der Kritik. Schuld daran sind viele, aber bestimmt nicht die Soldatinnen und Soldaten. Ich danke

ihnen an der Stelle ausdrücklich für ihren Einsatz überall auf der Welt. Aber auch während aller Katastrophen und der Corona-Pandemie haben die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr Großartiges geleistet. Herzliches Vergelts Gott dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vielleicht war die Abschaffung der Wehrpflicht ein großer Fehler. Auf jeden Fall waren die damit verbundenen Einsparungen, die damals getätigt wurden, ein großer Fehler. Davon hat sich die Bundeswehr nicht erholt, und das vor allem deshalb, weil alle Bestrebungen der GroKo, die finanziellen Möglichkeiten zu erhöhen, nicht genutzt wurden und weil neue Waffensysteme immer wieder blockiert wurden. Wer das war, können Sie sich denken. Die Experten, die Bundeswehr selbst, sagen, man sei nur bedingt einsatzfähig. Dies muss sich ändern.

Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die Ankündigung des Bundeskanzlers, 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr – und zwar ausschließlich für die Bundeswehr – zur Verfügung zu stellen. Wir müssen aber auch danach handeln. Wir müssen aufpassen, dass diese Ankündigung nicht wieder zerredet wird. Von den Jusos habe ich gehört, dass sie sehr skeptisch sind. Teile der GRÜNEN sind auch dagegen, sie wollen andere Maßnahmen finanzieren. Wenn wir einen ernsthaften Schutz liefern wollen, wenn wir ein vernünftiger und verlässlicher Bündnispartner sein wollen, muss dieses Geld ausschließlich für die Bundeswehr reserviert werden und der Bundeswehr zugutekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was brauchen wir? – Zum einen brauchen wir ein Sofortprogramm. Innerhalb eines Jahres müssen alle Waffengattungen komplett einsatzfähig sein. Wir brauchen Munition, Ersatzteile, Nachschub und eine ordentliche Ausrüstung der Soldaten. Sorry, wenn ich das meine, aber dass wir uns über die Unterwäsche von Soldaten im Einsatz unterhalten, ist für das gesamte Land eine Schande. Das kann doch nicht ernst gemeint sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen wirklich Partner sein, und das wird auch nicht ohne die Union gehen. Ich bin aber auch betrübt, dass wir schon wieder schlechte Nachrichten aus dem Verteidigungsministerium für Bayern bekommen. Die feste Zusage, das neue Militärtransportflugzeug A400M in Lagerlechfeld zu stationieren, wurde jetzt überraschend zurückgezogen. Es soll jetzt in der Nähe von Hannover stationiert werden. Das ist zum einen ein schlechter Stil, weil man eine solche Maßnahme nicht über die Medien bekannt gibt. Zum Zweiten ist es in der jetzigen Lage militärisch unsinnig. Drittens ist es leider auch ein klares Signal gegen Bayern. Das ist nicht gut. Der Grundsatz "pacta sunt servanda" gilt auch für die Ampel und für die neue Verteidigungsministerin.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben dem Sofortprogramm brauchen wir auch neue Waffensysteme. Wir brauchen ein komplett neues Beschaffungswesen, und der Auftrag der Bundeswehr muss neu definiert werden. Sie muss von einer reinen Einsatzarmee zu einer Bündnis- und Landesverteidigung werden.

Meine Damen und Herren, Bayern ist Bundeswehrland. Bayern bekennt sich auch zu den vielen Arbeitsplätzen, die im Bereich der Bundeswehr bestehen. Ich sage nur eines: Die Menschen, die für die Bundeswehr arbeiten, haben es verdient, dass ihre Leistung wertgeschätzt wird. Die Soldaten haben es verdient, dass sie die bestmögliche Ausrüstung für die gefährlichen Einsätze überall bekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das alles, die Hilfe für Flüchtlinge, die Planung der Energiesicherheit und natürlich auch die Bundeswehr und ergänzend der Zivilschutz, der auch sehr wichtig ist, muss rasch, aber auch seriös umgesetzt werden. Wir sind alle mehr denn je gefordert. Im Bundestag – das will ich ausdrücklich sagen – unterstützt meine Partei und auch die Union die Bundesregierung auf diesem schweren Weg. Ich hoffe sehr, dass wir hier im

Landtag das Gleiche leisten. Wir sollten nicht wieder in die klassischen schrillen Muster der Vergangenheit fallen.

(Lachen)

Eines ist doch klar: Die Bürgerinnen und Bürger sind unsicher, wie es weitergeht. Umso wichtiger ist es, dass wir Land und Menschen gut durch die Krisen führen.

Stichwort Krise: Es gibt noch eine Krise neben der Ukraine. Diese ist nicht vorbei. Das ist Corona. Irgendwie ist das schon sehr paradox, oder? Die Corona-Zahlen steigen stark an, und die Politik steigt rasch aus. Wir haben einen massiven Anstieg der Zahlen. Wir haben eine Rekordinzidenz von über 2.000 in Bayern. Das ist Platz zwei in Deutschland und 30 % mehr als in der Vorwoche. Jeder kennt unglaublich viele Fälle im Umfeld. Die BA.2-Variante, die besonders ansteckend ist, ist mittlerweile sehr dominant. Laut Gesundheitsminister ist diese Variante in München ungefähr zu 70 % verbreitet. Die Ansteckung ist sehr hoch. Die Hospitalisierung steigt leicht. Gott sei Dank liegen wir nur auf Platz acht in Deutschland. Aber sie entwickelt sich nach oben. Genau in der Phase eines solch enormen Anstiegs plant die Ampel einen Freedom Day. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine echte Themaverfehlung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mich wundert das. Ich glaube, dass der schrittweise Ausstieg, wie ihn auch die Bayernkoalition auf den Weg bringt, völlig richtig ist – schrittweise, aber nicht Hals über Kopf oder überstürzt. Die Ampel ignoriert an dieser Stelle den Rat der eigenen Experten, der Mediziner und vieler besorgter Bürger. Ich weiß, die FDP freut sich darüber. Das ist auch ihr Erfolg – Kubicki pur. Warum machen SPD und GRÜNE das jedoch eins zu eins mit? – Mir tut der Bundesgesundheitsminister fast ein bisschen leid, weil ich ihn schätze. Er warnt jeden Tag, gleichzeitig lockert er und fordert nun die Länder auf, die Aufgaben zu erledigen, die eigentlich er machen sollte. Meine Damen und Herren, so können wir keine vernünftige Pandemie-Bekämpfung machen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik gewinnen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hoffen sehr, dass nicht mehr viel Schlimmeres passiert. Wenn jedoch neue Mutationen kommen, die ähnlich gefährlich sind wie Delta, ist mit der neuen Gesetzgebung eines klar: Deutschland ist dann schutz- und wehrlos. Die Verantwortung liegt bei den Parteien, die in Berlin die Regierung tragen. Das ist übrigens nicht nur meine alleinige Meinung. Der Ministerpräsident von Niedersachsen Stephan Weil, SPD, sagt: Man wirft doch den Feuerlöscher nicht weg, wenn es noch brennt. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann, GRÜNE, sagt: Es ist grob fahrlässig, wenn die Bundesregierung ohne Not wirksame Instrumente für den Notfall aus der Hand gibt. – Ich finde auch den Stil überraschend. Früher hat man mit den Ländern gehandelt. Jetzt macht der Bund alles ganz alleine. Zwar darf er das machen, aber wer allein handelt, der trägt auch allein die Verantwortung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zurufe)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Die neuen Regeln zu Corona, seien sie auch ein bisschen nachgebessert worden, bleiben leider hinter den bisherigen Möglichkeiten zurück und bieten kaum Schutz. Unser Gesundheitsminister sagt: Der Basisschutz verdient den Namen nicht. – Ich verstehe den Wunsch, alle Maßnahmen sofort aufzuheben. Ich verstehe auch den Wunsch, dass Corona sofort vorbei sein möge. Ich teile das übrigens. Kein einziger, den ich kenne, mag Corona. Die Masken sind eine Beschwerde. Schon im Landtag tun sich einige schwer, dem Wunsch des Ältestenrats zu folgen. Die Wahrheit über die Maske ist doch: Es läuft doch in der Praxis ohne Probleme, beim Einkaufen oder auch in der Schule. Bei den 16- bis 19-Jährigen liegt die Inzidenz über 4.000, darunter über 3.000. Die Lehrerverbände fordern eine Beibehaltung der Maske, und die Mehrzahl der Schüler hat kein wirkliches Problem damit. Natürlich droht bei den meisten Schülerinnen und Schülern keine Hospitalisierung. Mich beschwert und besorgt etwas anderes. Wenn das reihenweise so weitergeht und lange Quarantänezeiten eingehalten werden müssen, ist das eine Herausforderung für

die Abschlussprüfungen. Meine Damen und Herren, die jungen Menschen haben jahrelang in dieser Pandemie gekämpft. Es ist doch angesichts der Schulpflicht unsere Verpflichtung, die Abschlussprüfungen so gut wie möglich zu gestalten. Das sind wir den jungen Menschen in unserem Land schuldig. Sie sollen ein ordentliches Abitur, eine ordentliche Mittlere Reife, ordentliche Berufsabschlüsse und einen ordentlichen Übertritt an weiterführende Schulen erhalten können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Impfen und Maskenpflicht sind leider die wirksamsten Instrumente. Zu der Hotspot-Regel: Der Bayerische Gesundheitsminister sagt, sie sei untauglich. Das bestätigen viele Gesundheitsminister anderer Länder. Warum? – Wenn eine ähnliche Situation wie bei der Delta-Variante eintritt, wird es sehr unpraktisch werden. Wir müssten für jeden einzelnen Landkreis und für jede kreisfreie Stadt einen Beschluss im Landtag fassen. Das bedeutet einen Einsatz rund um die Uhr. Das ist juristisch nicht sauber und zu unbestimmt. Die Kriterien sind unklar und nicht genau gewichtet, sodass jeder Klage Tür und Tor geöffnet ist. Die Hotspots umfassen nur das, was wir jetzt schon haben: 2G, 3G und Maske. Das sind keine geeigneten Instrumente, wenn noch einmal eine solche Katastrophe wie mit Delta eintritt. Zusammenfassend sage ich das in aller Deutlichkeit: Dies ist weder das Team "Vorsicht" noch das Team "Freiheit" und schon gar nicht das Team "Augenmaß". Dies ist das Team "Blindflug", meine sehr verehrten Damen und Herren. Das werden wir nicht unterstützen. Bayern wird dem Gesetz im Bundesrat in dieser Form nicht zustimmen. Das sage ich sehr deutlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir nutzen die letzte Patrone, die noch bis zum 2. April möglich ist. Wir nutzen die Möglichkeit des Bundes, um noch ein bisschen zu verlängern. Das ist nicht viel. Das machen übrigens die meisten Bundesländer. Nach meinem Stand sind das Baden-Württemberg, Sachsen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen und vielleicht auch

NRW. Das sind schon sehr viele Bundesländer, die das genauso sehen wie wir. Wir verlängern, was noch möglich ist. Wir nutzen den letzten rechtlichen Spielraum. Die 2G-, 2G-plus- und 3G-Regelungen bleiben bis dahin. Das gilt auch für die FFP2-Maskenpflicht im Einzelhandel und in der Schule. Heute haben wir uns auf eine Ausnahme für die Grundschulen verständigt, weil dort PCR-Tests durchgeführt werden, die eine sehr hohe Sicherheit geben. Mehr geht übrigens nicht.

Nach dem neuen Bundesrecht gibt es ab Samstag keine Kontaktbeschränkungen, keine Personenobergrenzen für Sport oder Kultur, keine Tanzverbote in der Gastro oder das Verbot von Volksfesten mehr. Dies ist durch das Bundesgesetz geregelt. Vielleicht kann eine Verlängerung bis zum 2. April helfen, um über den nächsten Höhepunkt zu kommen. Jedenfalls ist das die einzige Möglichkeit, die wir überhaupt noch haben, um für die nächsten zwei Wochen etwas mehr Sicherheit zu gewährleisten. Vielleicht können wir damit etwas Zeit gewinnen. Wir hätten uns einen anderen Weg vorstellen können. Jeder muss wissen, dass ab dem 2. und 3. April gar nichts mehr gelten wird. Sagen wir es einmal so: Wir werden sehen, wie dieses Experiment ausgeht. Ich habe kein gutes Gefühl dabei. Ich glaube, die Mehrzahl der Bundesländer und die Mehrzahl der Bürger teilt das. Ausstieg ja – überstürzt und über Nacht ist jedoch der falsche Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Hohes Haus, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verzeihen Sie, dass es etwas ausführlicher und klarer in einigen Formulierungen wurde. Aber es sind ernste Zeiten, für die es eine ernsthafte Politik und Entscheidungen braucht. In einer solchen Krisenzeit ist es nie möglich, es allen recht zu machen. Vielleicht ist es die Zeit, einmal darüber zu diskutieren, was das Zentrale in der Politik ist. Es geht nicht um die Diskussion über Luxusprobleme, sondern ums Eingemachte. Frieden, Sicherheit und Freiheit sind gefährdet wie noch nie. Ich erinnere mich an die Zeit der Achtzigerjahre. Da war es ähnlich. Der Wohlstand und die soziale Absicherung wackelt für viele Millionen Menschen. Das gilt vielleicht nicht für uns, aber für viele Leute, die hart arbeiten müs-

sen und unsicher sind, wie es weitergeht. Unser gesamtes Wirtschaftsmodell steht mehr denn je auf dem Prüfstand. Manche meinen, wir müssten generell den Export einstellen. Ich glaube, es helfen keine billigen und schnellen ideologischen Antworten. Wir brauchen Seriosität und Führungsstärke. Globale Seuche, Krieg – alles innerhalb von zwei Jahren. Eine Krise jagt die nächste. Wenn man denkt, man hat ein bisschen Luft und kann sich wieder anderen Themen widmen, kommt das Ganze wieder zurück.

(Lachen des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich finde es übrigens nicht lustig, darüber zu lachen. Herr von Brunn, ich weiß nicht, wie man darüber lachen kann, dass Millionen von Menschen in Sorge um ihre Zukunft sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie kann man darüber lachen? Ich verstehe es nicht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege von Brunn, ich hatte letzthin bei Ihrer guten Aktion gedacht, dass Sie einmal einen Schritt auf die Mitte, auf die Mehrheit der Bevölkerung, zugehen. Bitte, das ist eine ernste Zeit. Die Leute erwarten von uns auch eine ernsthafte Politik, nicht nur Nischen- oder Klientelpolitik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir tragen die Verantwortung für alle! Dieser Verantwortung müssen wir in dieser Zeit gerecht werden!

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir müssen konzentriert, mit Empathie, klug und besonnen arbeiten. Für die Bayerische Staatsregierung und für die Koalition darf ich versprechen: Wir tun das. Wir zeigen Haltung. Wir haben und wir geben Hoffnung. Ich bin sicher: Wir werden das meistern. Wir haben dazu alle Anlagen. Wir haben die Kraft, und wir haben auch die Möglichkeiten dazu. Jetzt geht es einzig darum, diese Krise so gut wie möglich zu

überstehen. Wie gelingt uns das? – Es gilt jetzt durchzuhalten, es gilt standzuhalten, und es gilt zusammenzuhalten. Das ist das Gebot der Stunde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Gott schütze Bayern, und Gott schütze die Menschen in der Ukraine und in der ganzen Welt. Lassen Sie uns in diesen schweren Zeiten zusammenhalten, damit wir diese Krisen überstehen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die jetzt folgende Aussprache waren 119 Minuten vorgesehen. Die Redezeit verlängert sich durch die etwas längere Regierungserklärung. Wir werden die Zeiten auf der Anzeige anpassen. – Ich eröffne die Aussprache. Als Erster erteile ich Frau Kollegin Katharina Schulze für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Geburtsstation wird bombardiert. Babys werden in Bunkern geboren. Frauen, Kinder und ältere Menschen fliehen vor Putins Bomben. Städte werden verwüstet, und Menschen sterben. All das findet jetzt gerade in Europa, in der Ukraine, statt. Niemand, wirklich niemand sollte das erleben müssen!

Sehr geehrte Damen und Herren, uns hier in Bayern, uns hier in Europa lässt das nicht kalt; denn das schmerzt. Das schmerzt zutiefst, und die Verantwortung dafür trägt genau ein Mann, Wladimir Putin. Sein Angriffskrieg auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig, und dieser Krieg muss aufhören!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass man sich oft hilflos fühlt, hilflos ob der Bilder auf Social Media und im Fernsehen, wenn sich am Bahnhof herzerreißende Szenen abspielen und sich Väter von ihren Kindern und Frauen verabschieden müssen, weil diese sich in Sicherheit bringen und die Väter in den Krieg ziehen müssen, in einen Krieg, den sie nicht haben wollten. Das tut weh.

Ich möchte aber hier ganz deutlich sagen: Wir sind nicht hilflos. Wir können den Menschen, die vor Putins Bomben zu uns fliehen, helfen und sie unterstützen. Genau das passiert seit über zwei Wochen hier in Bayern im allergrößten Maßstab: Ehrenamtliche packen Spenden und verschicken sie in die Ukraine, nach Polen oder nach Moldau. Ehrenamtliche dolmetschen an den Bahnhöfen. Ehrenamtliche sortieren Kleiderspenden. Ehrenamtliche öffnen ihre Wohnungen und Gästezimmer, beziehen die Couch, um den Geflüchteten ein Dach über dem Kopf zu ermöglichen. Und Ehrenamtliche spenden Geld an Hilfsorganisationen, die in der Ukraine oder hier vor Ort helfen. Dafür vielen, vielen, vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für meine Fraktion sage ich auch ein Dankeschön für das große Engagement der Institutionen, der Sozialverbände, der Kirchen und der Kommunen, die unter Hochdruck in der humanitären Not erneut anpacken und die vielfältige Hilfe koordinieren.

Herr Söder, Sie haben jetzt formuliert, was der Freistaat alles macht, aber dann erwartet, dass der Bund alles zahlt. Ich glaube, darüber müssten wir uns noch einmal unterhalten; denn auch der Freistaat muss seinen finanziellen, organisatorischen und personellen Beitrag zur Bewältigung dieser humanitären Lage leisten. Ich sage ausdrücklich, ich freue mich, dass Sie unseren Vorschlag aufgenommen haben, endlich einen Gipfel zu veranstalten, um mit den verschiedenen Akteuren ins Gespräch zu kommen. Ich freue mich auch, dass Sie unseren Vorschlag aufgegriffen haben, für diese humanitäre Katastrophe den Katastrophenfall zu erweitern. Das ist gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage hier aber auch ganz deutlich: Das wird nicht reichen; denn am Ende einer langen, langen Flucht kommen die Menschen mit ihren Koffern, mit ihrem Rucksack, mit ihren müden Beinen und mit bangem Herzen in den bayerischen Kommunen an. Unsere Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung vom Freistaat Bayern, damit

die erste humanitäre Hilfe und auch die Integration bestmöglich geleistet werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen ein ganz konkretes Beispiel: In der letzten Woche war ich mit meiner Kollegin Gülseren Demirel am Münchner Hauptbahnhof. Wir haben auch die Diakonie besucht. Die Diakonie hat die Expertise für die Traumaberatung und für die psychologische Betreuung. Jetzt kommen viele traumatisierte Menschen zu uns. Was wurde uns gesagt? – Es fehlt an der Finanzierung und an den Mitteln, um dort die psychologische Beratung weiter auszubauen. Hier stehen Sie und Ihre Regierung in der Verantwortung, Unterstützung zu leisten, damit die psychologische Beratung und Betreuung in Bayern flächendeckend stattfinden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Joachim Herrmann)

– Lieber Herr Herrmann, Sie brauchen jetzt nicht von der Regierungsbank das Wort "unglaublich" hereinzurufen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir bei den Haushaltsverhandlungen konkrete Vorschläge zur Stärkung der Asyl- und Migrationsberatung eingebracht haben. Wir haben uns für mehr Sprachkurse und für eine Etablierung von psychosozialen Zentren ausgesprochen. All diese Vorschläge haben wir vorgelegt, und all das hat diese Regierungskoalition abgelehnt.

Deswegen kann ich hier und heute nur noch einmal appellieren. Ich stimme Ihnen im Grundsatz zu. Es ist jetzt Aufgabe der Europäischen Union und des Freistaats Bayern, zu helfen und die humanitäre Not zu lindern. Dafür muss aber der Freistaat Bayern den Kommunen, den Trägern und den Ehrenamtlichen personell, finanziell und organisatorisch unter die Arme greifen und sie unterstützen. Wir bitten Sie, dies auch zu tun. Wir werden darauf drängen, dass Sie dies auch tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, neben der humanitären Hilfe können wir in Bayern noch etwas anderes tun: Wir können endlich unabhängig von fossilen Energieträgern werden. Energiepolitik ist nicht nur Klimaschutz. Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik. Sehe ich mir die Zahlen des Freistaats Bayern an, dann muss ich schon schlucken. Bayern hat in der Vergangenheit jährlich bis zu 5 Milliarden Euro für Öl- und Gaslieferungen aus Russland bezahlt. Öl und Gas machen 90 % der bayerischen Importe aus Russland aus.

Herr Söder, ich gebe Ihnen recht und finde es gut, dass Sie gesagt haben, dass wir uns davon unabhängig machen müssen. Vielleicht wäre es auch möglich gewesen, wenigstens ein selbstkritisches Wort zu der engen Verflechtung Ihrer Partei mit Russland zu sagen. Die fragwürdigen Besuche von Horst Seehofer in Moskau, bei denen er die Sanktionen gegen Russland infrage gestellt hat, sind ein Fakt. Fakt ist auch, dass Sie noch im Januar Annalena Baerbock eine naive Außenpolitik vorgeworfen haben und dafür waren, Nord Stream 2 unbedingt ans Netz zu bringen. Bei Ihrer Bewertung der Gesamtlage wäre ich etwas vorsichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die 5 Milliarden Euro, die Bayern jährlich an Russland für Öl- und Gaslieferungen bezahlt, machen nicht nur unsere geopolitische Abhängigkeit deutlich, sondern führen uns in der momentanen Situation auch schmerzlich vor Augen, wie leichtfertig wir mit unserem Hunger nach fossilen Energien ausländische Kriegskassen füllen. Ich denke, wir dürfen uns nie wieder von autoritären Regimen erpressbar machen. Wirklich frei entscheiden können wir nur ohne die Öltanker und die Gaspipelines, die uns die Fesseln anlegen. Kolleginnen und Kollegen, Wind und Sonne können nicht von Diktatoren vereinnahmt werden. Wind und Sonne gehören niemandem; sie sind für uns alle da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen komme ich wieder zu folgendem Punkt: Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energie beschleunigen. – Herr Söder, hier haben Sie mit Ihrer Regierung

leider in den letzten Jahren nicht alles Mögliche getan. Ich fand Ihre Ausführungen zum Thema Energiepolitik auch etwas unterkomplex. Sie nennen immer Baden-Württemberg als Beispiel; ich möchte es Ihnen noch einmal kurz erklären: Bayern ist – gemessen an der Landesfläche – neben den Stadtstaaten bei Windenergie Schlusslicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Baden-Württemberg hat Hunderte Projekte in der Pipeline und wartet nur auf Veränderungen im Bund, die Ihre GroKo-Regierung in den letzten Jahren nicht gemacht hat, während wir hier in Bayern bei diesem Thema blank sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier sollten Sie Ihre Fakten vielleicht noch einmal geradebekommen, bevor Sie hier eine Runde austeilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es auch unterkomplex, dass Sie sagen, für den Wind sei der Norden zuständig, während wir hier im Süden etwas anderes machten. Ihnen ist schon klar, dass wir eine riesige Transformationsaufgabe vor uns haben, oder? Die sozialökologische Transformation verändert sehr viel. Sie verändert die Art, wie Energie erzeugt wird, und das ist eine Kraftanstrengung für alle Bereiche. Das bedeutet auch, dass sich kein Bundesland bei bestimmten Energieträgern herausziehen kann, sondern dass jedes Bundesland selbst schauen muss, wo welcher erneuerbare Energieträger Sinn hat. In Bayern haben wir da noch mehr Potenzial für mehr Windkraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob es nur mir so ging, aber ich habe bei Ihrer Rede die ganze Zeit darauf gewartet, dass Sie es wenigstens in diesem Moment, in dieser wirklich schlimmen Situation, in der wir uns befinden, schaffen, diesen einfachen Satz zu sagen: Das

Windkraftverhinderungsgesetz 10 H schaffe ich ab. – Aber Sie haben es nicht geschafft; Sie halten weiter daran fest, und ich halte das für grob fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen in Bayern mehr Windräder. Auf jeden Neubau gehört eine Solaranlage. Und ja, der Netzausbau muss dringend vorangetrieben werden. Auch dort muss ich Sie korrigieren, Herr Söder. Als bayerische GRÜNE haben wir einen klaren Beschluss zum Netzausbau; schauen Sie einfach einmal in unsere Statute. Wir haben das hier im Bayerischen Landtag schon mehrfach eingefordert. Vielleicht reden Sie einmal mit Ihrem Wirtschaftsminister, damit wir beim Thema Stromleitungen endlich in die Gänge kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gerade erwähnt, dass wir die Atomkraftwerke jetzt weiterlaufen lassen sollen, im Speziellen haben Sie die drei aktiven AKWs genannt. Das zuständige Bundeswirtschaftsministerium hat das auf Bundesebene schon geprüft und deutlich zu verstehen gegeben, dass das aus sicherheitstechnischen Gesichtspunkten mehr als fragwürdig ist. Wir haben im Moment ja gar nicht die Brennelemente für den Weiterbetrieb. Wir könnten die Brennelemente strecken, indem wir die AKWs im Sommer auf niedrigerer Last fahren; dann brauchen wir aber beispielsweise mehr Gas, was am Ende ein Nullsummenspiel ist. Selbst Atomkraftwerksbetreiber sagen, dass wir die neuen Brennelemente vielleicht in anderthalb Jahren bekämen. Außerdem: Ein Atomkraftwerk erzeugt Strom, kann Gas also nicht ansatzweise ersetzen. Aber mit Gas heizen wir unsere Wohnungen, mit Gas laufen Industrieprozesse bei der Verarbeitung von Glas, Metall oder chemischen Grundstoffen. Wenn Sie das Weiterlaufen der AKWs jetzt als Allheilmittel verkaufen, dann streuen Sie Sand in die Augen; das hat mit seriöser Energiepolitik nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Ja, Herr Söder, bei einer Sache gebe ich Ihnen recht: Die momentane Situation ist für viele Menschen in unserem Land hart. Hohe Strompreise und Heizkosten, steigende Preise an den Zapfsäulen und teure Lebensmittel belasten viele Familien, Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und Menschen mit einem schmalen Geldbeutel. Es ist jetzt Aufgabe von kluger Politik, die nötigen Unterstützungsmaßnahmen zielgerichtet auszurichten und denen zugutekommen zu lassen, die sie dringend benötigen. Deswegen muss ich klar und deutlich sagen: Ihr Vorschlag, einfach einmal die Mehrwertsteuer zu senken, verfährt nach dem Gießkannenprinzip, ist eben nicht zielführend, sondern unterkomplex. Er führt doch nur zu einer sogenannten Entlastungssillusion, wie es Clemens Fuest vom Ifo-Institut ebenfalls gesagt hat.

Die extreme Verschuldung durch eine flächendeckende Steuersenkung muss in der Zukunft bald wieder ausgeglichen werden; sonst ist das doch immer Ihr Argument gegen Staatsverschuldung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Deswegen ist es doch besser, Menschen mit geringem Einkommen zielorientiert, planvoll und direkt zu helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass die Ampel-Regierung in Berlin mit ihrem ersten Entlastungspaket genau die richtigen Punkte gesetzt hat. Sie hat die EEG-Umlage und damit die Stromrechnungen der Verbraucherinnen und Verbraucher bereits für Juli gesenkt. Der Kindersofortzuschlag kommt und geht damit genau an die Familien, die ihn brauchen. Wer Wohngeld bekommt, wer studiert oder Azubi ist, bekommt einen einmaligen Heizkostenzuschlag, um nur ein paar Punkte des Entlastungspakets zu nennen. Das ist gut. Aber ich sage hier auch ganz deutlich: Es braucht weitere Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger bei Strom, Heizung und Mobilität.

Dabei ist uns GRÜNEN wichtig, dass wir beide Ziele im Blick haben: Wir wollen zum einen diejenigen mit einem schmalen Geldbeutel entlasten und zum anderen den Ver-

brauch von Gas, Öl und Kohle senken, um möglichst schnell unabhängig von Putins Regime zu werden. Mit kreativer und kluger Politik können wir das auch erreichen.

(Zuruf)

Wir brauchen also die drei E: Entlastung, Einsparung und Effizienz. Wir müssen Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft bei den Preisen entlasten. Wir müssen Einsparmaßnahmen beim Benzin oder beim Heizen mit Gas und Öl bereitstellen, Effizienz in Industrieprozessen durch finanzielle Umrüstungsunterstützung steigern und marktwirtschaftliche Impulse setzen. Ich vertraue hier auf Robert Habeck, unseren Bundeswirtschaftsminister, und auf unsere Bundesregierung, die noch in dieser Woche genau dazu ein Paket zur weiteren Entlastung vorlegen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben einen klaren Vorschlag: Wir wollen das Energiegeld für alle Bürgerinnen und Bürger; denn mit der Auszahlung des Energiegelds ist auch eine soziale Steuerung verbunden. Wir alle wissen, dass Menschen mit geringem Einkommen eher kleinere Wohnungen und oft auch kein Auto haben. Darum ist das von Christian Lindner vorgeschlagene Tankgeld auch totaler Quatsch; da bin ich bei Ihnen, Herr Söder. Menschen mit höherem Einkommen verbrauchen mehr CO₂, sie haben größere Häuser, größere Autos und einen anderen Lebensstil.

Mit dem Energiegeld von uns GRÜNEN bekommen alle gleich viel Geld vom Staat, sodass diejenigen, die weniger verbrauchen, am Ende ein Plus haben. Starke Schultern müssen mehr tragen. Dies gilt auch in der Krise. Mit unserem Energiegeld setzen wir die Unterstützungsmaßnahmen zielgerichtet ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gerade bei ein paar Kollegen der CSU Kopfschütteln gesehen; wenn Ihnen nicht reicht, was der Bund macht, dann können Sie als Freistaat Bayern gern noch eine Schippe drauflegen. Sie können beispielsweise ein Energiesozialprogramm mit

einem Härtefallfonds für Privathaushalte und den Mittelstand auflegen, die durch die hohen Energiepreise existenziell bedroht sind. Sie könnten in diesen Härtefallfonds auch einen Wärmefonds integrieren,

(Zuruf)

mit dem Sie zum Beispiel die 100.000 am meisten die Umwelt verschmutzenden Heizungen durch klimaneutrale Heizungen austauschen lassen. All diese Dinge stehen Ihnen frei; da müssen Sie nicht auf Berlin warten, sondern können hier vor Ort entlasten und den Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung zukommen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dieser ganzen Debatte ist mir auch wichtig, nicht nur darüber zu reden, wie wir diejenigen mit einem schmalen Geldbeutel entlasten können, sondern auch zu überlegen, wie wir Energie einsparen können. Ich gebe Ihnen ein konkretes Beispiel, das Sie für Bayern gerne umsetzen können: Neuseeland hat jetzt den Ticketpreis für den ÖPNV gesenkt, weil man damit Menschen, die das Auto stehenlassen können, einen Anreiz gibt, auf den ÖPNV umzusteigen.

(Unruhe)

Das geht nicht in ganz Bayern, weil wir leider noch nicht einen so gut ausgebauten ÖPNV haben, wie wir GRÜNE ihn gerne hätten, aber es wäre ein Anreiz, ein Baustein, in gewissen Bereichen Energie einzusparen. Deswegen fordern wir eine Halbierung der Ticketpreise in Bus und Bahn, für Schüler*innen, Auszubildende, Student*innen und Berufspendler*innen. Damit können Sie die Kommunen direkt vor Ort unterstützen und auch Ihren Beitrag leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß, die momentane Situation ist nicht leicht; denn wir haben verschiedene Krisen. Wir haben von vielen, vielen Seiten Druck und müssen die sozialökologische

Transformation jetzt noch schneller voranbringen, als wir sie eigentlich schon aus Klimaschutzgründen schaffen müssten.

Sinnvoll wäre es daher, wenn der Ministerpräsident Vorschläge der Opposition nicht immer mit einer Handbewegung wegwischen, sondern überlegen würde, wie man die guten Ideen, die es in der Forschung, in der Industrie, in der Opposition und wahrscheinlich auch in den eigenen Reihen der Regierung gibt, zusammentragen kann, um das Ziel von 100 % erneuerbarer Energien schneller zu erreichen.

Ich erneuere meinen Vorschlag: Wir GRÜNE werden Ihnen weiterhin gute Ideen vorlegen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie bei dem Thema auch auf unsere Fachkompetenz zurückkommen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Mit Blick auf die Redezeit noch ein kurzer Satz zum Thema Sicherheitspolitik und Bundeswehr: Herr Söder, ich bin Innenpolitikerin. Ich weiß, wie entscheidend Sicherheitspolitik ist. Ich weiß, dass wir gut ausgestattete und moderne Institutionen brauchen, die unsere Sicherheit und damit auch unsere Freiheit verteidigen, schützen und weiterentwickeln.

Als Sie aber gerade vorher hier standen und gesagt haben – ich habe es mir extra aufgeschrieben –, binnen eines Jahres müssten alle Waffengattungen funktionsfähig sein, da habe ich mir nur gedacht: Was darf Satire? – Haben Sie vergessen, dass das Verteidigungsministerium während der letzten 16 Jahre in Unionshand war und dass Sie die Bundeswehr in dem Zustand, in dem sie nun mal ist, an die neue Regierung übergeben haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie sich mit klugen Ratschlägen etwas zurückhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für mich und für uns GRÜNE ist es selbstverständlich, dass wir die Struktur- und Organisationsfragen schnell klären müssen, damit wir das Geld für die Bundeswehr dann zielgerichtet einsetzen können. Sonst sickern die 100 Milliarden Sondervermögen in Strukturen ein und entfalten dann eben keinerlei oder nicht die Wirkung, die wir gerne hätten. Ich bin mir sicher, dass die Ampel-Regierung diesbezüglich eine gute Lösung finden und die Punkte, die während der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht geregelt wurden, anpacken wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zu Corona kommen: Herr Söder, ich teile Ihre Lageeinschätzung, dass Corona nicht vorbei ist und uns die hohen Inzidenzen alle sehr beunruhigen müssen. Die Bundesregierung hat jetzt einen Entwurf für den Infektionsschutz vorgelegt. Ja, ich sage das so deutlich: Ich hätte mir wie viele vor dem Hintergrund des nach wie vor starken Infektionsgeschehens auch mehr an Schutzmaßnahmen gewünscht.

Dass das nicht so kam, lag ganz sicher nicht an uns GRÜNEN, sondern an der FDP und deren fragwürdigem Freiheitsverständnis. Ich hoffe, liebe FDP, es ist Ihnen wenigstens peinlich, ständig die Freedom-Day-Debatte zu befeuern, während Menschen woanders buchstäblich um ihr Leben in Freiheit kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist gut, dass jetzt der zweiwöchige Puffer genutzt wird. Herr Söder, es ist aber auch nicht so, wie Sie es dargestellt haben, dass Sie hier im Freistaat Bayern gar nichts tun könnten. Sie können die Hotspot-Regelungen anwenden, und Sie können vor allem den Impfturbo beschleunigen. Die Impfquote in unserem Land, vor allem auch in Bayern, ist weiterhin beschämend gering.

(Unruhe)

Erstens frage ich mich: Wo ist Ihre zielgruppenspezifische, mehrsprachige und aufsuchende Impfberatung? Schreiben Sie doch endlich allen Menschen über 18 Jahren

einen Brief und schicken Sie ihnen einen Termin beim nächsten Impfzentrum. Das alles sind Vorschläge, die wir Ihnen schon mehrfach vorgestellt haben. Ich würde mich darüber freuen, wenn da endlich mal was voranginge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens haben Sie, hat Ihre Regierung die Möglichkeiten, jetzt die Vorbereitungen für den Herbst und für den Winter zu schaffen, die Gesundheitsämter besser auszustatten, Luftfilteranlagen in jedem Klassen- und Kitazimmer, Kita- und Schul-Pool-Tests bereitzustellen.

(Zuruf)

Wenn wir während Corona eines gelernt haben, dann das: Das Prinzip Hoffnung reicht nicht aus. Wir müssen bei den Schutzmaßnahmen weiter nachjustieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einer verunsicherten und von multiplen Krisen wie Corona und dem Krieg in der Ukraine erschütterten Gesellschaft brauchen wir dringend die Handlungsfähigkeit und alle Bindekräfte der Politik. Wir müssen Menschen Lösungen anbieten. Wir müssen zusammenarbeiten. Wir müssen für Halt dort sorgen, wo es entweder um das kurze Festhalten und Wiederaufrichten geht – zum Beispiel bei der Entlastung von explodierenden Energiepreisen –, oder dort, wo es darum geht, den tiefen Fall ins Nichts aufzufangen – bei Menschen, die nur mit einem Koffer und mit der Angst um die Zurückgebliebenen plötzlich aus ihrem Leben fliehen mussten.

Wir brauchen dafür eine große Kraftanstrengung. Niemand kann diese alleine stemmen. Dafür braucht es die Politik – und zwar alle von uns –, dafür braucht es die Unternehmen, dafür braucht es die Zivilgesellschaft.

Ich appelliere darum an uns alle: Lasst uns Putin unsere Veränderungsbereitschaft spüren und ihm zeigen: Wir brauchen dein Öl und Gas nicht mehr lange. Wir werden

unabhängig, weil wir auf erneuerbare Energien setzen. Lasst uns gemeinsam zeigen, wie europäische Werte aussehen! Solidarisch und mitfühlend werden wir alle als Europäerinnen und Europäer zusammenhalten und Vertriebenen mit unbürokratischem Einsatz helfen. Lassen Sie uns den Herbst und den Winter 2022 in Bund und Land so vorbereiten, dass Kinder unbeschwert in die Schule und in die Kita gehen können, ältere Menschen nicht vereinsamen und Corona unser Leben nicht erneut dominiert!

Das wäre eine Politik, die dieser Zeit angemessen ist. Wir GRÜNE werden weiterhin genau diese Politik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Fabian Mehring für die FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Schulze, Sie hatten im Rahmen Ihrer Ausführungen am Beispiel der Energiepolitik darauf hingewiesen, dass wir dort, wo wir – die Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU – Verantwortung tragen, gerne mehr tun könnten, als von dort, wo Sie Verantwortung tragen – im Bund –, vorgegeben wird. Sie hatten sich anschließend gewünscht, beispielsweise im Bereich des ÖPNV, vorübergehend auf eine Halbierung der Ticketpreise abzustellen.

Ich will Sie jetzt fragen: Dürfen die Menschen dort, wo Sie Verantwortung tragen, darauf vertrauen, dass diesen Worten auch Taten folgen? – Ganz konkret: Dürfen sich die Menschen in München jetzt darauf freuen, dass in den nächsten Wochen die Ticketpreise halbiert werden? Mit anderen Worten und reformuliert: Reden Sie nur, oder machen Sie auch?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Katharina Schulze (GRÜNE): Einer klatscht, zwei klatschen. – Lieber Kollege Mehring! Ich bin Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bayerischen Landtag.

(Unruhe)

Wir schlagen deswegen hier Punkte vor, die von der Bayerischen Staatsregierung auf Landesebene gemacht werden können.

(Zurufe: Oje!)

Ja, 2023 ist die nächste Wahl.

(Zurufe: Oje!)

Dann schauen wir, wie die Bürgerinnen und Bürger diesbezüglich entscheiden.

Natürlich ist es sinnvoll, die Ticketpreise zu halbieren. Das können Kommunen aber natürlich nicht alleine stemmen,

(Zurufe: Oje!)

sondern da ist der Freistaat in der Verantwortung, dies mitzutragen.

(Zurufe: Oje!)

Wenn Sie das auch so sehen, dann lade ich Sie herzlich dazu ein, mit Ihrem Koalitionspartner darüber zu sprechen, um genau diese Forderung auch umzusetzen; das würde unsere Bürgerinnen und Bürger entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe: Oje!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Schulze! Sie haben davon gesprochen, die sozialökologische Transformation voranzutreiben. Das ist natürlich Ihr Herzensanliegen. In letzter Zeit und in den letzten Tagen haben viele andere Politiker und Wissenschaftler davor gewarnt, hier angesichts des Themas Ukraine und des maßlosen

Kriegs Putins gegen die Ukraine ein Umdenken einzufordern. Wie und mit welchen Energieträgern wollen Sie denn im nächsten Winter über die Runden kommen?

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich glaube, außer Ihnen sind sich alle Demokratinnen und Demokraten und Expertinnen und Experten sowie der Großteil unserer Gesellschaft darüber klar,

(Zuruf)

dass Putins Angriffskrieg auf die Ukraine eine Zäsur ist

(Zuruf)

und dass Energiepolitik nicht nur unter Klimaschutzaspekten, sondern auch unter Aspekten der Sicherheitspolitik gedacht werden muss.

Unser Wirtschaftsminister Robert Habeck ist gerade dabei, dafür zu sorgen, dass wir die Gasspeicher füllen. Wir müssen sozusagen parallel vorgehen. Wir müssen uns mittelfristig aus der Umklammerung durch die fossilen Energieträger lösen,

(Zuruf)

kurzfristig diversifizieren und die nötigen Energieträger möglichst woanders einkaufen. Genau das passiert ja dankenswerterweise auch. Robert Habeck hat das mit seinem Ministerium wunderbar im Griff.

(Unruhe)

Das ist der Weg, auf dem wir gemeinsam fortschreiten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 24. Februar 2022 war ein schwarzer Tag für Europa, ein schwarzer Tag für die ganze Weltgemeinschaft. Der schreckliche und rücksichtslose Angriffskrieg, den Wladimir Putin gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen hat, macht uns noch heute fassungslos. Krieg und brutale militärische Aggression sind zurück in Europa. Die Bilder, die wir aus der Ukraine sehen, erinnern uns an die schlimmste Zeit unserer jüngeren Geschichte. Egal was die russische Propaganda der Welt vorzugaukeln versucht – die Verantwortung für dieses Blutvergießen und das entsetzliche Leid liegt allein bei Wladimir Putin, bei niemandem sonst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mitverantwortlich sind aber auch jene in Russland, die mit dem System Putin Geschäfte gemacht haben, die Putin ihren Reichtum zu verdanken haben und die dieses System am Laufen halten. Sie alle müssen spätestens jetzt die Konsequenzen zu spüren bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Krieg ist aber nicht nur ein Krieg gegen die Ukraine, sondern auch ein Krieg gegen den Westen, gegen Europa und vor allem gegen unsere gemeinsamen elementaren Werte wie zum Beispiel die Menschenrechte. Dagegen richtet sich dieser Angriff. Auch die Menschen in Bayern sind deshalb in tiefer Sorge. Dieser Krieg wird Europa und vielleicht die ganze Weltordnung auf lange Zeit verändern. Die Politik muss daher Haltung zeigen und Orientierung geben in diesen unsicheren Zeiten. Das hat Ministerpräsident Söder mit seiner heutigen Regierungserklärung eindrucksvoll getan. Ich danke ihm sehr herzlich dafür.

(Beifall bei der CSU)

Die Bilder, die uns täglich aus der Ukraine erreichen, zeigen das Ausmaß der Gewalt und der Zerstörung. Was hier stattfindet, ist keine normale Militäroperation, sondern weitgehend Terror gegen die Zivilbevölkerung. Deshalb müssen wir fordern: Waffen-

stillstand jetzt, Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine. Dieser Terror muss sofort aufhören, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Die Flüchtlinge, die täglich an unseren Bahnhöfen und an den Grenzübergängen ankommen, machen deutlich, wie nahe die Ukraine ist. Aus den Gesichtern der geflüchteten Frauen – es kommen hauptsächlich Frauen und Kinder – lässt sich ablesen, was sie erlebt haben. Sie sind übermüdet. Sie sind traumatisiert. Sie wissen nicht, wie es ihren Männern und Söhnen, Vätern und Brüdern geht, die den russischen Invasoren Widerstand leisten. Sie wissen nicht, was aus ihrem Land wird. Sie hoffen, zurückkehren zu können, wissen aber nicht, ob und wann. Ihnen wollen und müssen wir helfen.

Das tun wir vom ersten Tag an, und zwar alle EU-Mitgliedstaaten in großer Einmütigkeit, vor allem die unmittelbaren Nachbarländer der Ukraine, aber eben auch wir in Deutschland und im Freistaat Bayern. Der Ministerpräsident hat eben bereits die Zahlen genannt: 50.000 ukrainische Flüchtlinge sind allein bei uns in Bayern schon angekommen. Es werden täglich mehr, und es werden mit Sicherheit insgesamt bedeutend mehr werden. Ich danke deshalb allen Hilfsorganisationen und den unzähligen ehrenamtlichen Helfern, die sich Tag und Nacht um die Flüchtlinge aus der Ukraine kümmern. Vielen, vielen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es sind vielfach die gleichen Menschen, die in der Flüchtlingskrise 2015 gefordert waren, die gleichen Menschen, die auch jetzt durch Corona weit über zwei Jahre gefordert worden sind. Sie stellen sich wieder in den Dienst der Sache. Man muss sagen: Bei noch so guter staatlicher Organisation kann man in einer solchen Situation ohne ehrenamtliche Helfer nicht auskommen. Dies ist nicht zu schaffen. Es ist nicht zu schaffen ohne die Organisationen von: Caritas, Rotem Kreuz, Diakonie und vielen anderen mehr. Hier wird Großartiges geleistet. Auf die kann man sich verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich danke aber auch allen Menschen in Bayern, die sich ganz persönlich kümmern, die Zimmer, Wohnungen und Häuser zur Verfügung stellen oder Geld, Kleidung oder auch Spielsachen spenden. Genauso wichtig sind die Hilfstransporte in Richtung ukrainische Grenze. Auch mehrere Mitglieder meiner Fraktion waren da an den vergangenen Wochenenden im Einsatz. Auch ihnen danke ich ganz besonders. Die Solidarität und das Mitgefühl, die man in diesen Tagen erlebt, sind überwältigend. Wir können nur glücklich sein, in einem Land mit so viel menschlicher Wärme zu leben, wo die Menschen die Situation erkennen und helfen, wenn sie können.

Aber eines ist klar: Wir, also der Westen, die NATO und die Europäische Union, können, wollen und dürfen in diesen Krieg nicht militärisch an der Seite der Ukraine eingreifen. Denn niemand will eine Spirale der militärischen Eskalation in Europa in Gang setzen. Wir müssen vielmehr der Ukraine anderweitig helfen und setzen uns für ein rasches Ende der Gewalt ein, wie wir nur können. NATO und EU haben insofern in den letzten Wochen klug und verantwortungsvoll gehandelt mit einem deutlichen Signal der Abschreckung gegenüber Putin, mit schnellen, harten und wirkungsvollen Sanktionen. Das ist in einer bemerkenswerten Geschlossenheit des Westens, ja beinahe der gesamten westlichen Staatengemeinschaft gelungen, auch weltweit. Das ist in diesen dunklen Tagen ein Zeichen der Hoffnung, dass letztlich Frieden, Freiheit und Demokratie obsiegen werden. Gerade die Geschichte Europas zeigt: Brutale militärische Aggression bringt schreckliches Leid mit sich. Sie zeigt aber auch, dass solche Aggression keinen Bestand hat.

Deshalb bin ich davon überzeugt: Putin wird am Ende ganz sicher nicht als Sieger aus diesem Konflikt hervorgehen. Dazu werden wir auch aus Bayern und Deutschland heraus unseren Teil beitragen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Die internationale Politik ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite sind die innenpolitischen Auswirkungen dieses Krieges und die aktuelle politische Lage in Deutschland, die heute zu debattieren ist. Denn selbstverständlich sind wir als bayerische Politiker, als deutsche Politiker auch für die Menschen in unserem Land verantwortlich. Wir müssen dafür sorgen, dass wir unsere Wirtschaftskraft und auch die soziale Absicherung der Menschen in Krankheit und im Alter erhalten. Ich sage ganz klar: Auch wir können anderen nur helfen, wenn wir selber wirtschaftlich leistungsfähig sind. Dies darf man insgesamt nie vergessen.

Wir sprechen dabei über zwei Themen, die unterschiedlicher nicht sein könnten: über den Krieg in der Ukraine, der leider überdeutlich macht, dass Europa keine Insel der Glückseligen mehr ist, wie manche jahre- und jahrzehntelang geglaubt haben, und einmal mehr über die Corona-Pandemie, in der nun die wichtigsten Schutzmaßnahmen enden sollen. Aber leider wird die Pandemie nicht zeitgleich enden, meine Damen und Herren. Das Einzige, was diese beiden Themen miteinander verbindet, ist die offensichtliche, meine Damen und Herren, Handlungsunfähigkeit der Ampelkoalition in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

Jeden Tag müssen SPD, GRÜNE und FDP aufs Neue erleben, dass ihre Luftschlösser wie Seifenblasen zerplatzen und dass sich die Realität partout nicht nach den politischen Wunschvorstellungen der Ampel-Parteien richten will. Deutschland und das Bündnis lassen sich nicht mit warmen Worten oder einer feministischen Entwicklungspolitik verteidigen, sondern nur mit einer funktionstüchtigen Bundeswehr. Die Energieversorgung unseres Landes lässt sich nicht sichern, indem man auf alle wesentlichen Energieträger gleichzeitig verzichtet. Und eine Pandemie lässt sich nicht dadurch beenden, dass man alle Schutzmaßnahmen und Vorsorgeninstrumente gegen die Pandemie ad acta legt. Liebe Freunde, all dies ist falsch, all dies ist verantwortungslos.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist kein Wunder, dass die Menschen in Bayern in diesen Tagen nicht nur verunsichert, sondern zum Teil sogar ratlos und wütend sind. Ich verstehe, dass sie von der Bundesregierung endlich ein überzeugendes, ein konsistentes, ein berechenbares Handeln erwarten, das man im Moment aber wirklich nicht sehen kann.

Wir brauchen bei den Energiepreisen eine Entlastung. Laut einer Umfrage gestern in der "Augsburger Allgemeinen" fordern 80 % der Deutschen bei den Benzinpreisen eine Entlastung; denn sie müssen sich jeden Tag an der Tankstelle fragen, ob sie sich das Tanken in Zukunft – und somit ihr Leben – noch leisten können. Die Menschen, Familien, Pendler und der Mittelstand fordern echte Entlastungen.

Meine Damen und Herren, sie wollen kein Bürokratiemonster, wie es Herr Lindner mit seinen Tankrabatten vorgeschlagen hat. Das kommt mir ungefähr so vor wie früher das Kleben von Rabattmarken, wenn man zum Einkaufen gegangen ist. Liebe Freunde von der FDP, diese Zeiten sind vorbei. Es gibt modernere Lösungen der Problematik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Leider ist auch der Staat ein großer Profiteur der aktuell hohen Energiepreise, nämlich über die Steuern, die er auf Energie insgesamt erhebt. Steigende Energiepreise ergeben ständig steigende Mehrwertsteuerbeträge. Meine Damen und Herren, dies ist nicht richtig in einer Zeit, in der der Preis für die Menschen unglaublich problematisch wird. Hier muss der Staat reagieren. Deswegen brauchen wir sowohl für die Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für den Mittelstand eine Entlastung auf breiter Front, die genau hier ansetzt, und wir müssen die Energiesteuern sofort senken.

Ich habe den Worten der Kollegin Schulze entnommen, dass sie dies für sozial Schwache tun will – ich halte es für richtig, sozial Schwache bei solchen Dingen zu unterstützen –, dass sie eine breite Entlastung der Bevölkerung aber ablehnt. Meine Damen und Herren, die GRÜNEN wollen die breite Mehrheit der Bevölkerung nicht entlasten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann kommt sie wieder mit ihrem Ladenhüter "Energiegeld", das in der Koalitionsvereinbarung erwähnt ist. Meine Damen und Herren, das Energiegeld war doch dafür gedacht, einen Ausgleich zu schaffen, wenn die CO₂-Bepreisung aus Gründen der Energieeinsparung nach oben geht. Wir haben seit dem Wahlkampf von dieser Geschichte nichts mehr gehört. Sie haben bis heute nicht einmal klargelegt, wie Sie es denn überhaupt auszahlen wollen. Meine Damen und Herren, das ist ein reines Ablenkungsmanöver von Frau Schulze.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen eine Entlastung, die sofort wirkt. – Zurück zu den Zahlen: Wir haben auf Diesel eine Energiesteuer in Höhe von 45 Cent je Liter; wir haben bei den anderen Kraftstoffen, also Super und E10, 65 Cent. Meine Damen und Herren, hier könnte man ansetzen. Die Mehrwertsteuer ist die eine Sache. Ich weise aber darauf hin, dass wir aufpassen müssen, dass auch unsere mittelständischen Betriebe und unsere Handwerksbetriebe insgesamt entlastet werden und dass wir auch in Zukunft noch in Deutschland produzieren können. Dazu nützt eine reine Entlastung bei der Mehrwertsteuer nichts, da sie ein durchlaufender Posten in der Wirtschaft ist. Deswegen muss auf jeden Fall auch die Energiesteuer deutlich runter, und es sollten auch keine Rabattkarten ausgegeben werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sehen überhaupt kein Konzept. Jeder redet etwas anderes daher. Sie hoffen einerseits, sich mit diesem Dahergerede und Nichthandeln über die nächsten Wochen und Monate drüberzulavieren, und andererseits, dass der Spritpreis vielleicht von selber wieder fällt. Meine Damen und Herren, das ist keine Politik, die wir unterstützen können. Sie müssen jetzt insgesamt handeln.

Es geht aber nicht nur um eine bezahlbare, sondern auch um eine sichere Energieversorgung, und zwar gerade im Hinblick auf Energie für die Wirtschaft und die Industrie. Da sehe ich bei der Ampel überhaupt kein tragfähiges Konzept. Meine Damen und Herren, auf die Forderung nach längeren Laufzeiten für Kohlekraftwerke antworten wir mit: Nein!

Es würde überhaupt nichts bringen, wenn man aus Kohle Strom produziert. Ich weiß nicht, ob Sie festgestellt haben, dass die Strompreise ebenfalls erheblich gestiegen sind, dass die Menschen gar nicht gemerkt haben, dass die EEG-Umlage gesenkt wurde, weil in der gleichen Zeit der Strompreis extrem gestiegen ist. Deswegen ist es falsch, den Strom weiter zu verknappen. Sie müssen eine Grundlastversorgung haben. Wenn Sie die Kernkraftwerke abschalten, dann müssen Sie das weitgehend mittels Gasverstromung kompensieren. Gas ist aber teuer. Damit belasten Sie die Wirtschaft und die Menschen erneut. Das ist völlig ein Irrweg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, dass ein GRÜNER es für möglich hält, an der Kohleverstromung länger festzuhalten und die Kernkraftwerke abzuschalten, hätte vor ein paar Monaten noch niemand gedacht, wobei doch im ganzen Wahlkampf immer vertreten worden ist: Wenn man die Klimaziele nicht punktgenau einhält, und zwar aufs Jahr genau, dann wird man insgesamt die schwersten Folgen haben, und das Überleben der Menschen auf der Welt würde gewaltig gefährdet. Sie wollen jetzt überlegen, ob Sie Kohlekraftwerke weiterlaufen lassen. Das ist vor allem auch für Ihre Wählerinnen und Wähler sehr überraschend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann fordern Sie den Ausbau der Windenergie natürlich gerne, immer und überall. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, auch wir wollen erneuerbare Energien; aber allein mit mehr Windrädern wird das Problem in Deutschland weder kurz- noch langfristig zu lösen sein. Sie streuen den Menschen Sand in die Augen: "Mit etwas

mehr Solarstrom und mehr Windrädern bekommen wir das Problem in den Griff." –
Meine Damen und Herren, so ist das nicht!

Sie werfen Bayern vor, dass wir mehr als andere Länder Energie aus Russland importieren. Meine Damen und Herren, Energiepolitik ist schon immer Bundespolitik gewesen und nie Politik von Ländern. Das größte Problem war für Bayern bei der Stromversorgung der Beschluss zur Abschaltung der Kernkraft – das ist völlig klar –, weil Bayern vor diesem Ausstiegsbeschluss mehr als zwei Drittel seines Stroms aus Kernkraftwerken erzeugt hatte. Deswegen haben wir natürlich auch mit diesem Beschluss mehr Probleme als andere Länder. Sie dürfen dann auch nicht vergessen, dass Bayern ein Hochindustrialand ist, das natürlich mehr Prozessenergie benötigt – um es einmal vorsichtig zu sagen – als viele andere Länder in Deutschland. Aber mit dieser Industrie und diesen Arbeitsplätzen und unseren Menschen verdienen wir das Geld in der Bundesrepublik Deutschland und finanzieren viele Projekte in Ländern, in denen Sie regieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen auch endlich eine gerechte Verteilung ukrainischer Flüchtlinge. Das Schauspiel, das die Opposition in der letzten Woche in der Aktuellen Stunde aufgeführt hat, war weder diesem Hohen Haus noch dem Anlass angemessen. Die Opposition ist in einen regelrechten Überbietungswettbewerb bei den Forderungen zur Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge eingetreten. Sie hat sich ausgerechnet in München umgesehen, wo der Oberbürgermeister Reiter und die Landeshauptstadt für diese Fragen zuständig sind, und das offensichtlich nicht gewusst oder verkannt. Meine Damen und Herren, das ist schon beschämend. Das möchte ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich sind die Kommunen und der Freistaat bei der Bewältigung der Situation gemeinsam gefordert. Aber dafür muss zuerst einmal eine gerechte und vernünftige Verteilung der Flüchtlinge sichergestellt werden. Dabei ist der Bund gefordert, genauso

übrigens wie bei der Frage der Finanzierung. Die Verantwortung zur Finanzierung der Hilfen für Flüchtlinge liegt hier ganz klar beim Bund. Meine Damen und Herren, das heißt nicht, dass wir gar nichts dazu beitragen; im Gegenteil, wir unterstützen viele soziale Einrichtungen für psychologische Beratungen und Beratungen in jeder Hinsicht. Für die Unterbringung und den Lebensunterhalt ist aber der Bund zuständig.

Stellt man sich allerdings hin und sagt, man könne den Menschen ohnehin nicht vorschreiben, wohin sie gehen sollen, wie dies die Bundesinnenministerin anfangs getan hat, wird man eine Herausforderung dieser Größenordnung auf Dauer ganz sicher nicht bewältigen können. Damit ist auch jenen nicht geholfen, die als Schutzsuchende zu uns kommen; denn sie geraten dann in Situationen, die nicht mehr zu bewältigen sind. Deshalb, meine Damen und Herren, sind der Bund und das Innenministerium dringend aufzufordern, diese Verteilung in Deutschland gerecht vorzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Ein Drittel der Ukraine-Flüchtlinge, die bisher in Deutschland angekommen sind, sind in Bayern angekommen. Leider, meine Damen und Herren, macht Bayern nicht ein Drittel der Bundesrepublik Deutschland aus. Wir hätten zwar nichts dagegen, wenn wir noch größer wären, aber wir haben schon einen weit überproportionalen Beitrag geleistet.

Deshalb fordern wir klare Regelungen. Auch bei der europäischen Verteilung müssen entsprechende Anstrengungen unternommen werden. Es nützt nichts, wenn die anderen EU-Länder zusichern, Flüchtlinge aufzunehmen, aber sie dort nicht ankommen. Wenn wir nicht aktiv die Rolle der EU einfordern und selbst etwas tun, werden nur sehr wenige Flüchtlinge in Spanien und Portugal ankommen, meine Damen und Herren. Das ist ganz natürlich. Stattdessen werden sie dort verbleiben, wo sie zunächst eingetroffen sind. Wenn Polen die Aufnahme nicht mehr schaffen kann – in Polen leisten sie Unglaubliches, man muss ihnen enorm danken, es ist hervorragend, was sie

tun, aber sie können dies nicht allein bewältigen –, werden viele, viele Flüchtlinge zu uns kommen. Ich bin dafür, dass wir die Flüchtlinge gleichmäßig in Europa verteilen.

Liebe Freunde, wir brauchen auch endlich Klarheit bei der Bundeswehr sowie mehr Wertschätzung für unsere Soldatinnen und Soldaten. Auch SPD und GRÜNE müssen heute erkennen, dass die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes kein Anachronismus ist. Ich sage hier ganz bewusst, meine Damen und Herren: Heute rufen plötzlich auch diejenigen nach der Stärkung der Bundeswehr, die noch vor wenigen Jahren öffentliche Gelöbnisse unserer Soldatinnen und Soldaten bekämpft haben.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich nehme ich die Union von der Mitverantwortung für den Verteidigungsetat nicht aus, aber Tatsache ist: Alle Initiativen der Union, die die Bundeswehr stärken sollten, sind in den vergangenen Jahren am Koalitionspartner SPD gescheitert. Erstens. Die Beschaffung bewaffneter Drohnen wurde durch die SPD jahrelang blockiert. Zweitens. Die Sicherung der nuklearen Teilhabe, die jetzt plötzlich möglich ist, meine Damen und Herren, weil man amerikanische Flugzeuge kauft, ist immer blockiert und von SPD-Fraktionschef Mützenich als absurdes, überholtes Konzept bezeichnet worden. Das 2-%-Ziel der NATO bei den Verteidigungsausgaben wurde durch Bundesfinanzminister Scholz höchstselbst 2019 zur Halbzeit aus dem Regierungsprogramm gestrichen. Dies ist die traurige Bilanz der bisherigen Verteidigungspolitik der heutigen Kanzlerpartei SPD. Noch viel größer als die viel beschworene Zeitenwende durch den Ukraine-Krieg ist daher die sicherheitspolitische Kehrtwende der aktuellen Bundesregierung ausgefallen, meine Damen und Herren. Sie ist zwar in der Sache absolut richtig, bedauerlich ist aber, dass sie eines Krieges bedurft hat, meine Damen und Herren.

Umso wichtiger ist es, dass das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro nun auch tatsächlich effektiv und möglichst unbürokratisch bei der Bundeswehr ankommt und dieser zugutekommt. Dass die GRÜNEN und manche in der SPD dieses Sondervermögen teilweise schon wieder zweckentfremden wollen – wir lesen es in der Presse –,

lässt erneut Schlimmstes befürchten. Hier steht jedoch der Kanzler im Wort. Die Bundesregierung darf es sich nicht erlauben, dass das Vertrauen der Soldatinnen und Soldaten einmal mehr enttäuscht wird.

Die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr ist nur das eine. Darüber hinaus braucht es ein klares Bekenntnis der Politik und Gesellschaft zur Bundeswehr und zu unseren Soldaten. Ich kann mich noch lebhaft an die zahlreichen Debatten auch in diesem Haus erinnern, in denen GRÜNE und teilweise auch die SPD selbst den Besuch von Jugendoffizieren in Schulen verbieten wollten, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf: Bravo!)

Insofern darf man sich nicht wundern, wenn die Armee Probleme mit ihrer Personalstärke hat, meine Damen und Herren, weil viele werben dürfen, aber die Bundeswehr, die unsere Sicherheit verteidigt, nicht. Unsere Soldatinnen und Soldaten verteidigen tagtäglich unsere Freiheit gegen äußere Bedrohung. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank und unsere besondere Wertschätzung. Vielen Dank an die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Freunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun noch einige Anmerkungen zum Thema Corona, die in diesen Tagen angebracht sind. Die Corona-Pandemie ist weiter hoch aktiv. In den USA sind in der Omikron-Welle mehr Menschen an COVID-19 gestorben als in der Delta-Welle. Das muss man sich vor Augen halten, wenn man von totaler Harmlosigkeit spricht. In China steigen die Fallzahlen erneut rasant an. Wir haben glücklicherweise noch eine beherrschbare Situation in unseren Krankenhäusern, aber niemand Geringerer als Bundesgesundheitsminister Lauterbach spricht im Hinblick auf die aktuellen Todeszahlen auch in Deutschland von einer unhaltbaren Situation.

Die Zahlen sind immer noch sehr hoch. Beobachten Sie sie jeden Tag! Wir haben uns nur daran gewöhnt, meine Damen und Herren. Wir wissen, dass es schon höhere gab, aber die Lage ist immer noch ausgesprochen erschreckend. Die bundesweite 7-Tage-Inzidenz bei den Neuinfektionen hat einen weiteren Höchststand erreicht. Wir befinden uns auf einem Allzeithoch in dieser Pandemie, was die Fallzahlen anbelangt. Das Infektionsgeschehen nimmt also leider weiter an Fahrt auf. Das sind die Fakten.

Gleichzeitig soll aber ausgerechnet in dieser Woche bundesweit ein Auslaufen aller weitergehenden Corona-Maßnahmen beschlossen werden. Wie schon bei der Beendigung der epidemischen Lage mitten in der Delta-Welle im November hat die Ampelkoalition wieder ein fatales Timing gewählt und trifft Entscheidungen, die mit der Realität nicht im Geringsten zusammenpassen. Sie haben keine Ahnung von Gesundheits- und Pandemiepolitik, meine lieben Freunde!

(Beifall bei der CSU)

Aber nicht nur das: Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wurde so desaströs aufs Gleis gesetzt, dass eine vernünftige Umsetzung kaum möglich ist, ganz zu schweigen von der allgemeinen Impfpflicht, bei der man aufgrund der Uneinigkeit innerhalb der Ampel-Regierung und der fehlenden politischen Führung durch den Bundeskanzler inzwischen berechnete Zweifel haben muss, ob diese überhaupt weiterverfolgt wird, liebe Kollegen. Das Basispaket, das der Bund für die Zeit nach dem 20. März zum Corona-Schutz vorschlägt, ist leider das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Niemand will die aktuellen Maßnahmen unverändert fortführen. Dies wäre im Hinblick auf die Lage in den Krankenhäusern falsch. Bayern hat sogar in verschiedenen Punkten früher als andere Bundesländer die Weichen für Lockerungen gestellt, um sich an Omikron und die veränderte Lage anzupassen. Aber die von der Bundesregierung nun zur Verfügung gestellten Instrumente sind schlichtweg völlig unzureichend und nicht praktikabel für ein wirksames und schnelles

Krisenmanagement, falls die Bedrohung wieder zunimmt und ein Gegensteuern notwendig wird.

So kann man natürlich auch den Freedom Day umsetzen, den die FDP schon vor Monaten gefordert hat. Die FDP und die Ampel setzen den Freedom Day um, indem man sich als Bund einfach vom Acker macht. Wenn die Ampel-Parteien eine rasche Durchseuchung des ganzen Landes wollen, sollten sie dies den Menschen offen sagen. Für das Wohl dieses Landes ist es dagegen völlig verantwortungslos, alle Maßnahmen aufzuheben. Deshalb ist es richtig, Herr Ministerpräsident, wenigstens die Übergangsfrist bis zum 2. April auszunutzen, um das Infektionsgeschehen zu verlangsamen. Es kommt auf die richtige Balance und das Augenmaß an.

Auf den Vorwurf, meine Damen und Herren, wir hätten in dieser Zeit in den Krankenhäusern und den Schulen nichts getan, erwidere ich: doch, natürlich! Wir haben die Intensivkapazitäten an unseren Krankenhäusern ausgebaut. Die Schulen haben – dies wird verkannt – das Programm mit den Raumlüftern insgesamt wesentlich besser angenommen, als es hier immer gesagt wird. Viele Schulen haben diese Instrumente und haben die Möglichkeiten genutzt. Wir haben dafür viel Geld in die Hand genommen, meine Damen und Herren, und wir werden dies auch weiter tun, um unsere Menschen insgesamt zu schützen. Frau Kollegin Schulze hat vorhin ausgeführt, es sei wegen der finanzpolitischen Solidität des Bundes nicht möglich, die Menschen von diesen riesigen Energiepreisen zu entlasten. Wenn es aber darum geht, dass der Freistaat Bayern etwas finanzieren muss, meine Damen und Herren, dann ist jede Ausgabe möglich, dann wird jede Ausgabe gefordert und jede Schuldenaufnahme vertretbar.

(Beifall bei der CSU)

Das passt nicht zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hoffnung allein war noch nie ein guter politischer Ratgeber. Sowohl bei Corona als auch bei unserer äußeren Sicherheit müssen wir uns für den Ernstfall wappnen und schützen, damit dieser möglichst überhaupt nicht eintritt.

Dazu muss man aber Verantwortung übernehmen, auch wenn es schwierig ist. Man muss ein klares Konzept haben und danach handeln. Man muss sich von eigenen Wunschvorstellungen, wie die Ampel sie pflegt, verabschieden, man muss sich den tatsächlichen Herausforderungen anpassen. Das stellt die Staatsregierung in Bayern im Kampf gegen Corona seit über zwei Jahren unter Beweis. In Berlin ist bei der Ampel-Regierung davon aber weit und breit nichts zu erkennen. Hier hilft nur ein Prinzip, meine Damen und Herren, nämlich die Hoffnung nicht aufzugeben. Manchmal lernt man auch noch etwas dann, wenn man in einer Dreier-Koalition in der Regierungsverantwortung ist.

Meine Damen und Herren, ich bin trotzdem optimistisch, dass wir auch die beiden Krisen, die ich heute thematisiert habe, am Ende überwinden werden. Das wird uns viel Kraft kosten, das wird auch viel Zeit in Anspruch nehmen. Das sind beides keine Dinge, die morgen erledigt sind. Wir müssen zusammenhalten in unserem Land, dann werden wir die Dinge auch vernünftig vorwärtsbringen. Meine Damen und Herren, darauf vertrauen wir. Die Koalition in Bayern wird die dafür richtigen Maßnahmen beschließen. Gott schütze Bayern!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Kreuzer. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werter Herr Kreuzer, Ihr Ministerpräsident Söder hat endlich, endlich den Flatterstrom kritisiert und die Windkraft beerdigt. Das ist übrigens nur eine von ganz vielen AfD-Positionen, die Sie in den letzten Jahren hier immer abgeschmettert haben. Ich nenne noch die Bundeswehr, die Wehrpflicht, die heimische Produktion in der Landwirtschaft und der Industrie, ebenso unsere Forderung nach Energiesicherheit durch heimische Braunkohle, Gas und natürlich Kernenergie, die hier auf dem Tisch war. Wann sehen Sie endlich ein, dass die Photovoltaik ein genau-

so flatterhafter Strom ist, der nicht nur unzuverlässig ist, sondern auch umweltunverträglich und umweltschädlich? Ich nenne nur die Flächenversiegelung, die Aufheizung des Mikroklimas und die Todesfalle.

(Unruhe)

Ihre CSU und Herr Söder reagieren immer nur auf eine Krise nach der anderen, opportunistisch und populistisch zwar, aber häufig eben zu spät, wie sich das jetzt bei den Energiepreisen zeigt, die schon vor dem Krieg durch die Decke gegangen sind. Hier nun meine Frage: Warum nehmen Sie die AfD-Positionen überhaupt nicht wahr bzw. warum sind Sie aus Prinzip immer nur dagegen? Wann betreiben Sie endlich eine vorausschauende Politik und nehmen unsere Oppositionsstimmen endlich einmal wahr?

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Fraktionsvorsitzender Kreuzer, bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Prof. Hahn, wir nehmen die AfD-Positionen wahr, wir halten sie aber für vollkommen falsch. Das ist das Problem. Deshalb können wir Ihren Vorschlägen nicht folgen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass wir von den fossilen Energiequellen wegmüssen, dass wir eine Energiewende, und viel, viel mehr erneuerbare Energien brauchen. Dafür ist die Solarenergie eine Möglichkeit. Das müssen wir aus Gründen des Klimaschutzes vorantreiben. Ich sage aber auch: Auch künftige Generationen brauchen noch für viele Jahre Öl, für chemische Prozesse etc. Deshalb wäre es unverantwortlich, jetzt fossile Energiequellen einfach aufzubrechen und zu verbrennen. Das ist klimaschutzwidrig, und das wäre auch nicht nachhaltig, meine Damen und Herren. Wir sind aber keine Klimaleugner wie Sie von der AfD.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Zur nächsten Zwischenbemerkung hat sich Herr Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön, Herr von Brunn.

Thomas Kreuzer (CSU): Sie sprechen doch selbst noch, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Ja, aber ich wollte die Gelegenheit nutzen, um mit Ihnen persönlich zu sprechen. Sehr geehrter Herr Kreuzer, ich habe Ihrer Rede sehr genau zugehört. Sie haben von der Ukraine geredet. Dann haben Sie furchtbar auf die Berliner Koalition, auf die Fortschritts-Koalition geschimpft. Vielleicht haben Sie es nicht mitbekommen, aber vor einigen Tagen kam das neue Politbarometer heraus. SPD und GRÜNE legen erneut zu, große Zufriedenheit mit der Regierung. Kanzler Olaf Scholz ist der beliebteste Politiker in Deutschland. Markus Söder ist leider fast der unbeliebteste, nur Sahra Wagenknecht ist noch unbeliebter. Vielleicht sollten Sie sich damit auseinandersetzen. Ich lasse Ihnen das gerne ausdrücken und in der Fraktion vorbeibringen, Herr Kreuzer.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Und Sie sind der Unbekannteste in Deutschland, oder?)

– Oh, oh.

(Unruhe)

Thomas Kreuzer (CSU): Herr von Brunn, am Ende einer Legislaturperiode wird abgerechnet. Im Moment haben wir die Situation, dass die Menschen beunruhigt sind und viele Angst haben, dass es auch zu einem Krieg in Deutschland, in der NATO kommt. In schwierigen Zeiten unterstützen wir als Opposition natürlich auch die Bundesregierung. Deshalb ist es normal, dass sich ein Volk um seine Regierung schart, wenn die Zeiten so schwierig sind. Solche Zeiten sind immer Zeiten, in denen Regierungen und gerade der Regierungschef profitieren. Ich sage Ihnen aber eines: Mit Ihrer Energiepolitik, mit dem Ganzen, was Sie sonst so betreiben, was wir heute angesprochen haben, sind die Leute überhaupt nicht zufrieden. Ich bin jeden Tag unterwegs. Ich will Ihnen gar nicht sagen, was die Leute in dieser Beziehung von der Bundesregierung halten, das ist nämlich weniger als nichts, Herr von Brunn.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Kreuzer. – Damit kommen wir zum nächsten Redner. Das ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ich bitte noch um etwas Geduld. An dieser Stelle wieder einen herzlichen Dank an die Offiziantinnen und Offizianten, die sich weiterhin so um unsere Gesundheit bemühen!

(Beifall)

Bitte schön, Herr Abgeordneter Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es sind erschütternde Bilder, die uns aus der Ukraine erreichen. Die russische Regierung hat auf europäischem Boden einen sinnlosen Krieg losgetreten, der bereits Tausende Opfer gefordert hat. Unzählige Frauen und Kinder sind auf der Flucht, und wir alle wollen ihnen nach Kräften helfen. Sehr geehrte Kollegen, dieser Krieg in der Ukraine bringt nicht nur massive wirtschaftliche Verwerfungen mit sich, er hat auch schonungslos die Defizite Ihrer Regierungspolitik offengelegt. Herr Söder, Sie haben heute zahlreiche Forderungen der AfD vorgetragen, die Sie während Ihrer Regierungszeit aber nie umgesetzt haben, weder im Bund noch im Land. Das werde ich später noch ausführen.

(Beifall bei der AfD)

Über 16 Jahre hat die Union die Wehrfähigkeit der Bundeswehr regelrecht sabotiert. Jetzt aber soll sie laut Ihnen, Herr Söder, in einem Jahr wiederhergestellt werden. Das ist Satire. Wir, die AfD, warnen seit vielen Jahren davor, dass unsere Armee auf einen Ernstfall nicht vorbereitet ist. Panzer wurden darauf ausgelegt, dass auch Schwangere darin Platz finden. Das wurde durchgesetzt von einer CDU-Ministerin. Was für ein Un-

sinn! Als die AfD die Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert hat, haben Sie einen Skandal daraus gemacht. Jetzt aber kann es Ihnen nicht schnell genug gehen, unsere Forderung eins zu eins zu übernehmen.

Der Krieg in der Ukraine wirkt sich auch schockartig auf unsere Wirtschaft aus. Das liegt auch daran, dass wir bereits stark geschwächt in diese Krise hineingestolpert sind. Hohe Steuern und Abgaben, eine irrationale Energiewende und eine Staatsverschuldung haben unser Land ausgeblutet. Die hausgemachte Inflation infolge der verantwortungslosen Gelddruckerei enteignet die Menschen in der gesamten Eurozone. Der Gesamthaushalt aus Bund, Ländern und Gemeinden war zum Ende des dritten Quartals mit 2,3 Billionen Euro verschuldet.

Der Ukraine-Konflikt zeigt auch, dass unsere Lebensmittelversorgung in Gefahr ist. Unsere Landwirtschaft war bereits durch eine fahrlässige Agrarpolitik stark geschwächt. Dafür ist die CSU verantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Schon jetzt gibt es Versorgungsengpässe bei den Düngemitteln. Die Landwirte können die Preise kaum noch zahlen. Herr Söder, Ihre politisch erzwungene Ernährungswende mit dem Volksbegehren "Rettet die Bienen", auf das Sie aufgesprungen sind, hat sich verheerend auf die Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft ausgewirkt. Anstatt weiter Klimapredigten zu halten, sollten Sie mit Ihrer Staatsregierung aus dem Elfenbeinturm krabbeln und für eine lebensfähige Landwirtschaft kämpfen.

Auch beim Thema Energie zeigt sich, wie brutal und kaltherzig die Regierung gegen die eigenen Bürger vorgeht. Hätten Sie in der Energiepolitik in den letzten Jahren auf uns gehört, dann gäbe es jetzt keine Spritpreise von 2,50 Euro. Wir als AfD waren die einzige Partei, die gegen die Einführung dieser abzockerischen CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel gestimmt hat, und wir haben bereits lange vor der Energiepreiskrise die Absenkung der Energie- und Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe sowie die Erhöhung der

Pendlerpauschale gefordert. Die Spritpreise lägen jetzt bei circa 1,30 Euro, wenn man unseren Vorschlägen gefolgt wäre.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben das damals völlig absurd gefunden, und heute fordern Sie exakt das Gleiche. Herr Ministerpräsident, Sie scheinen heimlich unsere Anträge zu studieren. Anders kann man sich Ihre jüngsten Äußerungen nicht erklären. Das kann man, weil es gerade gut passt, auch Beobachtung der AfD nennen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Hätten Sie bei der Stromversorgung mit uns zusammengearbeitet, dann hätten wir heute auch keine Strompreise von über 30 Cent je Kilowattstunde. Wir als AfD wollten den bewährten Strom-Mix aus konventionellen Kraftwerken, Kernenergie und einem Teil erneuerbaren Energien beibehalten. Den auch mit der CSU beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie wollten wir verhindern. Ungefähr 2,5 Cent kostet bei abbeschriebenen Atomkraftwerken eine Kilowattstunde. 21 Anträge haben wir dazu gestellt. Diese haben Sie völlig abwegig gefunden, und heute fordern Sie diese Dinge selbst. Setzen Sie sich auch in Zukunft dafür ein, dass die Mehrwert- und Energiesteuer gesenkt werden, die CO₂-Abgabe abgeschafft wird und die Stromsteuer und die EEG-Umlage gestrichen werden. Die Kraftstoffpreise sollten auf 1,30 Euro je Liter und die Strompreise auf unter 30 Cent je Kilowattstunde gedeckelt werden. Dazu haben wir 35 Anträge gestellt. Diese haben Sie alle abgelehnt.

Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland sollten vor allem die Kriegstreiber und die russischen Oligarchen treffen. Sie müssen gut abgewogen sein und dürfen nicht zur Zerstörung unserer eigenen Wirtschaft oder zur Abschmelzung elementarer Bedürfnisse unserer Bevölkerung führen. Rohstoffimporte sind besonders sensibel. Die Gasimporte aus Russland sind kurzfristig unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, auch in der Corona-Krise haben Sie alle von den Kartellparteien unserer Gesellschaft bislang nur Schaden zugefügt. Sie haben mit verfassungswidrigen Verordnungen die gesamte Bevölkerung eingesperrt und unsere Grundrechte dauerhaft außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig haben Sie mit Ihren völlig nutzlosen Lockdowns weitere Teile von Wirtschaft und Kultur vernichtet. Laut DIHK haben die Corona-Beschränkungen in den Jahren 2020 und 2021 zwischen 350 und 400 Milliarden Euro an Wertschöpfung gekostet. Herr Aiwanger – jetzt ist er leider nicht mehr da – sagte wörtlich – das habe ich selbst gehört –, dass die Wirtschaft mit den Corona-Maßnahmen wissentlich und willentlich an die Wand gefahren werde. Es ist jetzt Zeit, alle Corona-Beschränkungen auslaufen zu lassen und unseren Bürgern Freiheit und Selbstbestimmung zurückzugeben. Darauf haben die Menschen ein Anrecht.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Kollegen, zur Bundestagswahl haben Sie alle von den Kartellparteien versprochen, dass es keine Impfpflicht geben wird. Ich erwarte hier und heute von Ihnen die verbindliche Zusage, dass Sie zu Ihrem Wort stehen. Keine Impfpflicht – das haben Sie alle versprochen.

Weltweit wurden nahezu alle Corona-Beschränkungen längst aufgehoben. Lassen Sie die Menschen endlich in Frieden. Geben Sie vor allem unseren Kindern ihr Leben zurück. Wir sind doch hier nicht in China! Einige von Ihnen haben in der Corona-Krise anscheinend Gefallen daran gefunden, einen autoritären Regierungsstil zu pflegen. Wir als AfD werden jeder Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte entschlossen entgegenzutreten.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern Sie auf, sich von ideologischen Hirngespinnsten zu verabschieden und das Land mit einer konservativen Wende wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, mit einer Bundeswehr, die verteidigungsfähig ist, mit einer Landwirtschaft, die Nahrungs-

mittel produziert, und mit einer Energieversorgung, die günstig und zuverlässig ist. Stärken Sie unser Land, indem Sie sich von allen Corona-Maßnahmen verabschieden. Geben Sie den Menschen ihr Recht auf Selbstbestimmung zurück!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mannes. – Es gibt eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Mannes, Sie haben absolut richtig angefangen, als Sie gesagt haben, es sei ein Unrecht, was in der Ukraine passiert. Aber ich habe bei der Wahl des Bundespräsidenten die zweifelhafte Erfahrung gemacht, neben den Ihrigen zu sitzen. Ich möchte wissen, ob Sie sich davon distanzieren, dass von Ihrem Herrn Höcke, als der Bundespräsident über die Ukraine gesprochen hat, Buh-Rufe und unflätige Aussagen kamen. Niemand Ihrer Kameraden, der dabei war, hat sich dagegen verwahrt. Eine Frau Weidel sagt, das Problem sei die Ukraine. Sie haben einen Eugen Schmidt, der behauptet, wir hätten keine Demokratie. Auch wenn Sie heute so weichgespült sind: Wo ist Ihr Rückgrat, sich von solchen Unverschämtheiten und Despektierlichkeiten, von Buh-Rufen bei der Wahl eines Bundespräsidenten, zu distanzieren? Sie können nicht einmal A und einmal B sagen. Wenn Sie es rechtsstaatlich und demokratisch sehen, dann müssen Sie sich von Ihren eigenen Kameraden distanzieren. So kann es nicht sein. Bitte streuen Sie uns keinen Sand in die Augen. Wir glauben Ihnen das nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Mannes, bitte.

Gerd Mannes (AfD): Das war eine interessante Ausführung. Ich denke, ich habe heute klargemacht: Die Regierung hat in den letzten 16 Jahren schlecht gearbeitet. Sie hat viele Dinge nicht gemacht, die sie jetzt als Forderungen übernommen hat. Das

ist der wesentliche Punkt. Das nennt man nicht weichgespült, sondern vernunftorientiert.

Nun zu dem anderen Thema. Selbstverständlich bin ich nicht der Aufpasser meiner eigenen Kollegen. Sie erzählen mir das jetzt so. Ich weiß von nichts. Ich war auch in Berlin.

(Zurufe)

Sich frei zu äußern ist ein Recht. Wir sind alle frei gewählte Abgeordnete und können alle unsere Meinung sagen. Jede Partei braucht eine gewisse Breite. Und eines sage ich Ihnen: Wir sind sehr wohl rechtsstaatlich, und die Beobachtung, die jetzt beschlossen wurde, da wir ein Verdachtsfall seien, ist völlig ungerechtfertigt.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Weitere Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Damit darf ich zum nächsten Redner kommen. Dies ist Herr Dr. Fabian Mehring von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Herr Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Daran, wie sich der globale Westen zu Putins Überfall auf die Ukraine verhält, entscheidet sich nicht weniger als die Frage, ob das 21. Jahrhundert, ob dieses unser Jahrhundert den liberalen Demokratien mit all ihren Errungenschaften von Frieden, Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gehört oder ob jetzt gewissermaßen das Comeback der vermeintlich starken Männer droht. Umso wichtiger ist eine ebenso entschlossene wie geschlossene Antwort des Westens auf diesen außenpolitischen Amoklauf des Kremls.

Meine sehr verehrten Damen und Herrn, ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube und sage, dass ich mir die entschlossene Reaktion der Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf SWIFT, im Hinblick auf die Waffenlieferungen in die Ukraine

womöglich ein, zwei Tage früher gewünscht hätte, dass ich mir gewünscht hätte, man hätte früher und entschlossener den historisch bedingten Platz deutscher Außenpolitik an der Außenlinie der Weltpolitik verlassen und jene Verantwortung übernommen, die uns gemäß Bevölkerungsstärke und gemäß Wirtschaftskraft zusteht. Aber am Ende des Tages wurde der richtige Kurs gewählt. Das gilt für Berlin genauso wie für München. Zwischenzeitlich stehen wir nicht nur qua Krawatte zu unseren Werten, nein, wir sind bereit, unser Scherflein dazu beizutragen, dass dieses 21. Jahrhundert den liberalen Demokratien gehört, und das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, Sie alle wissen: Bayern hat kein eigenes Heer. Unsere Einwirkungsmöglichkeiten auf den Konflikt konkret in der Ukraine bleiben naturgemäß überschaubar. Aber ich meine, wir können insbesondere im humanitären Bereich einen gewaltigen Beitrag leisten. Wir können ihn leisten, Herr von Brunn, weil wir – entgegen Ihrer scharfen Kritik – beispielsweise dank Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die Pandemielager vollgemacht haben, sodass wir den Menschen, die jetzt dringend unsere Hilfe brauchen, tatsächlich helfen können. Wir können helfen, weil es in den Kommunen, bei unseren Landrätinnen und Landräten hohe Einsatzbereitschaft gibt.

Wir können vor allen Dingen deshalb helfen, weil derzeit eine gewaltige Welle der Hilfsbereitschaft der Menschen durch unser Land schwappt. Dafür will ich eingangs meiner Rede namens meiner Regierungsfraktion – ich denke, auch im Namen des gesamten Hohen Hauses – von Herzen "Vergelts Gott!" sagen, insbesondere all den ehrenamtlich Tätigen, die den Menschen helfen, die vor dem Bombenhagel aus ihrer Heimat fliehen mussten. Sie zeigen das humanitäre Gesicht Bayerns. Vielen Dank für Ihren Einsatz. Wir sind stolz auf Sie!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Putins Krieg trifft aber nicht einzig die Menschen, die unmittelbar davon betroffen sind und aus ihrer ukrainischen Heimat fliehen müssen. Putins Krieg trifft auch die Lebenswirklichkeit der Menschen in Bayern. Ja, wir müssen auch unsere Heimat krisenfest machen. Deshalb will ich drei Handlungsfelder benennen, auf denen nach fester Überzeugung von uns FREIEN WÄHLERN jetzt zu handeln ist.

Erster Aspekt: Schutz für geflüchtete Menschen. Wir haben während dieser gesamten, so schwierigen Phase der Corona-Pandemie Leben gerettet und die Menschen in Bayern gut geschützt. Wir FREIEN WÄHLER sind der festen Überzeugung, dass das damals zum geflügelten Wort gewordene Credo des Herrn Ministerpräsidenten – "Whatever it takes!" – jetzt in gleicher Weise gelten muss, nämlich für die Menschen, die vor dem Bombenhagel in ihrer Heimat durch ganz Europa zu uns flüchten, weil sie unseren Schutz brauchen. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass diese gewaltige Welle der Hilfsbereitschaft in Bayern nicht abermals – wie 2015 – dadurch torpediert wird, dass Politik Chaos stiftet und die Stimmung zum Kippen bringt. Deshalb müssen Dinge wie die Verteilung der Flüchtlinge – Thomas Kreuzer hat darauf hingewiesen –, die Registrierung, die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen und die Beschulung – vielen Dank an unseren Kultusminister Prof. Michael Piazzolo für seine jüngsten Initiativen – diesmal besser funktionieren als 2015.

Meine Damen und Herren, deshalb kann ich es Ihnen auch nicht ersparen, noch ein paar Worte darüber zu verlieren, was wir letzte Woche am Münchner Hauptbahnhof erlebt haben. Es hat mich maßlos geärgert, wie sich die sonst von mir hochgeschätzte Kollegin Demirel dazu in der vergangenen Plenarsitzung geäußert hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Münchner Hauptbahnhof ist das freundliche Gesicht Bayerns. Der Münchner Hauptbahnhof ist die Visitenkarte Bayerns. Dort zeigt sich, wie wir mit diesen schutzsuchenden Menschen umgehen. Für die Situation

dort ist eben nicht die Staatsregierung verantwortlich. Mir klingt noch in den Ohren, was ihr 2015 von den GRÜNEN und den Roten alles vorgeworfen wurde. Nein, meine Damen und Herren, zuständig ist hier die Münchner Stadtregierung. Es sind diejenigen von Rot und Grün, die uns seit 2015 in allen Sonntagsreden erklären, was wir besser machen müssten. Dann stehe ich mit Vizepräsident Hold an diesem Hauptbahnhof und sehe: Es fehlt an allem – an Strom, an Toiletten, an Tests. Für gar nichts war dort gesorgt.

Wenn ich das gefilmt und Ihnen gezeigt hätte, dann hätten Sie gesagt: Holt die Menschen dort heraus und bringt sie nach Deutschland! – Das war aber nicht in der Ukraine. Das war am Hauptbahnhof in München, dort, wo die GRÜNEN und die Roten Verantwortung tragen.

Deshalb sei Kollegin Demirel und Kollegin Schulze noch einmal ganz deutlich auf gut Bairisch gesagt: Reden Sie nicht nur in den Sonntagsreden gescheit daher, sondern nehmen Sie dort, wo Sie Verantwortung tragen, diese auch wahr und sorgen Sie dafür, dass den Menschen geholfen wird!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweites Handlungsfeld: Energiepolitik. In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ist es schon angeklungen: Wir müssen unser Land krisenfest machen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in Bayern nicht Kriegsopfer, nicht Opfer von Putins Aggression werden, ob an der Tankstelle oder in sozialen Zusammenhängen. Die Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch. Der Ministerpräsident hat die Senkung der Mehrwertsteuer vorgeschlagen. Der stellvertretende Ministerpräsident Aiwanger hat den Spritpreisdeckel vorgeschlagen. Gern können wir im Sinne dessen, was Kollegin Schulze sagte, auch über den ÖPNV reden und dieses Handlungsfenster entsprechend nutzen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist aber, dass diejenigen, die in Berlin darüber entscheiden müssen, jetzt aus dem Selfie-Modus herausgekommen, die Ampel-Betriebs-

störung beheben und ins Machen kommen. Das kann nicht im Sommer passieren. Im Sommer, wenn niemand mehr heizen muss, brauchen wir keine Heizkostenunterstützung. Hören Sie in Berlin auf zu reden, und beginnen Sie zu handeln!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Neben dieser kurzfristigen Dimension bedarf es auch einer langfristigen Perspektive. Es gilt das Credo – unser energiepolitischer Sprecher Rainer Ludwig hat es in der vergangenen Woche ausbuchstabiert –: Wir müssen uns vom Tropf Russlands lösen. Wir dürfen den Wohlstand und die Arbeitsplätze der Menschen in Bayern nicht länger dem Gutdünken eines offenbar verrückt gewordenen Autokraten im Kreml anheimstellen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir die richtigen Antworten finden. Übergangstechnologien wie die Atomkraft und die Kohle sind möglicherweise kurzfristig das Mittel der Wahl. Aber langfristig – meine Damen und Herren, ich sage es ganz deutlich – muss uns doch klar sein: Unsere Antwort darauf, dass Putin die Uhr der Geschichte zurückdrehen will, darf sich nicht darin erschöpfen, dass wir sagen: Dann drehen wir eben das Rad unserer Energiepolitik zurück in die Vergangenheit, ins letzte Jahrhundert.

Unsere Antwort darf sich nicht darin erschöpfen, dass wir jetzt einzig in Kohle und Atom flüchten. Das mag kurzfristig, als Übergang, richtig sein. Insgesamt müssen wir weg vom Tropf Russlands. Das gelingt, indem wir dieses Window of Opportunity, dieses Handlungsfenster, nutzen und jetzt den Turbo für die Erneuerbaren zünden, Wertschöpfung und Arbeitsplätze zurück in unsere Heimat holen und uns von diesen geopolitischen Faktoren unabhängig machen. Wir brauchen wie für die Bundeswehr auch für den Umbau der deutschen Energieversorgung ein Sondervermögen. Das ist das Rückgrat der Wirtschaft in Deutschland. Wir brauchen einen europäischen Industriestromkreis.

Wir brauchen vor allem schnellere Umsetzungs- und Genehmigungsverfahren. Es kann nicht sein, dass der BUND Naturschutz so lange klagt, bis der Kreml uns den Gashahn abstellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Drittes und letztes Handlungsfeld, das ich benennen möchte: Sicherheitspolitik. Wir müssen konstatieren, dass das ersehnte "Ende der Geschichte" – Fukuyama 1989 – ausgeblieben ist. Ja, wir müssen darüber hinaus zur Kenntnis nehmen, dass die internationale Ordnung auch im Jahr 2022 kein Ponyhof ist.

Ich bin sehr dafür – ich habe in Internationalen Beziehungen promoviert –, dass das Primat bei der Diplomatie zu liegen hat. Aber wir müssen erkennen, dass Diplomatie und Verhandlungen nur dann erfolgreich sein können, wenn im Hintergrund eine wehrfähige Demokratie steht. Es wird nur dann mit dir verhandelt, wenn auch Wehrhaftigkeit und Wehrfähigkeit gegeben sind. Das ist die notwendige Bedingung, um diplomatisch erfolgreich zu sein. Deshalb ist es richtig und wichtig, das Kaputtsparen der Bundeswehr zu beenden. Deshalb ist es richtig und wichtig, über ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, ein Bürgerjahr, zu diskutieren; Kollege Pohl wird für meine Fraktion dazu im Detail Stellung nehmen. Wir müssen aufwachen und die Zeichen der Zeit erkennen.

Wir müssen darüber hinaus innenpolitisch noch einiges tun, nämlich ganz klar analysieren. Ich habe mich geärgert, dass uns die AfD in der Aktuellen Stunde in der vergangenen Woche dazu belehren wollte – ausgerechnet dazu. Wir müssen erkennen und deutlich benennen, wer in den letzten Jahren auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik wie unterwegs war. Deshalb sei es auch in diesem Hohen Haus einmal klar und deutlich ausgesprochen: Hätten wir uns in der Russland-Politik in den letzten Jahren auch nur ein Jota an dem orientiert, was in den Parteiprogrammen von DIE LINKE und AfD steht, dann stünde Europa jetzt am Abgrund, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie mich mit der zweiten großen Krise dieser Tage schließen. Es ist ja der Wahnsinn, den wir gemeinsam zu bewältigen haben. Die Corona-Krise ist, weiß Gott, nicht vorbei, und die nächste große historische Krise – siehe die Lage in der Ukraine – ist bereits über uns hereingebrochen. Zu Corona gibt es aus Sicht unserer Regierungsfraktion – das ist kein Geheimnis – eine zweistufige Sichtweise: eine kurzfristige und eine langfristige Perspektive. Kurzfristig – das ist bekannt – sind wir fest davon überzeugt, dass es richtig ist, sich jetzt, in dieser Phase des Frühlings, des Sommers, auf das eigentliche Ziel unserer Corona-Politik zu besinnen, nämlich darauf zu verhindern, dass Krankenhäuser überlastet werden.

Deshalb glauben wir auch, dass es richtig ist, nicht länger wie das Kaninchen vor der Schlange nur auf die Inzidenz zu starren. Es ist gut, dass sich der Bund einmal mehr an dem orientiert, was wir aus Bayern heraus vorgeschlagen haben: nämlich an unserer bayerischen Krankenhausampel. Es gibt jetzt die Chance, wieder mehr Normalität, mehr Freiheit zu ermöglichen. Wenn der Trend bei den Krankenhäusern so bleibt – und ich hoffe, der Trend bleibt so, es zeigen sich ja auch schon wieder andere dunkle Marker am Horizont –, dann ist das auch der Zeitpunkt, um wieder mehr Freiheit, mehr Normalität zu ermöglichen, keine Frage.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, so klar wie all die Krisenlagen dieser Tage, so klar ist eines: nämlich dass auf den Frühling und auf den Sommer wieder ein Herbst folgen wird, ein Herbst, in dem angesichts der geringen Impfquote in anderen Teilen dieser Erde gar nicht davon auszugehen ist, dass der überregionale Mutationsdruck abnimmt. Im nächsten Herbst wird sich entscheiden, ob wir im Sommer die Hausaufgaben gemacht haben, ob wir aus den letzten beiden Pandemiesommern etwas gelernt haben oder nicht. Mit anderen Worten: ob dann dieses Pendelspiel – im Sommer normal, im Winter Lockdown, im Sommer normal, im Winter Lockdown – weitergeht oder ob es uns endlich gelingt, diese Krise final zu überwinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ganz deutlich, dass es uns FREIEN WÄHLERN entschieden zu wenig ist, was in Berlin auf den Weg gebracht wird. Da ist die Ampel immer noch in der Betriebsstörung, und da verursacht sie an dieser so wichtigen, zentralen Kreuzung unseres gemeinsamen Weges aus der Pandemie heraus ein heilloses Chaos.

Deshalb sage ich auch in dieser Frage, in der Frage der Impfkampagne, der Anpassung von Impfstoffen, in all den Dingen, die für den nächsten Winter wichtig sind: Bitte kommen Sie endlich aus dem Selfie-Modus raus und machen Sie unser Land, machen Sie die Menschen in Deutschland krisenfest für den nächsten Winter. Wachen Sie endlich auf!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mit der Bemerkung schließen, dass wir aus Bayern heraus die beiden großen Krisen unserer Zeit leider nicht unmittelbar beeinflussen können. So gerne wir Corona beenden würden – am liebsten mit einem Federstrich –, so gerne wir Putin zur Raison bringen würden: beides können wir nicht tun.

Was wir aber tun können, meine sehr verehrten Damen und Herren: dafür sorgen, dass die Menschen in unserer Heimat gut durch diese historischen Krisen kommen. Deshalb lassen Sie uns Bayern krisenfest machen. Das liegt in unserer Verantwortung, und zwar in der Art und Weise, wie der Ministerpräsident es heute für die Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU skizziert hat. Lassen Sie uns weiterhin Bayern und seine Menschen gut beschützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Mehring. – Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Florian von Brunn. Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Am 24. Februar hat Wladimir Putin die Ukraine überfallen und einen verbrecherischen Angriffskrieg begonnen, der bereits Tausende von Menschen das Leben gekostet hat. Zugleich hat er damit die Hoffnung auf dauerhaften Frieden mit Russland zerstört, die wir alle nach dem Jahr 1989, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, hatten. Bundeskanzler Olaf Scholz hat zu Recht in seiner Regierungserklärung am 27. Februar von einer Zeitenwende gesprochen.

Olaf Scholz hat recht: Es geht um die Frage von Krieg und Frieden in Europa, mit der Gefahr eines heißen Krieges zwischen NATO und Russischer Föderation, mithin einer nuklearen Eskalation. Es geht natürlich um die Menschen in der Ukraine. Es geht aber auch um die Zukunft aller Menschen in Europa. Es geht um ganz alltägliche Fragen: wie die Menschen jetzt ihre Strom- und Gasrechnungen bezahlen sollen, gerade Menschen, die jeden Tag hart arbeiten und nicht viel Geld auf der hohen Kante haben. Vor allem geht es jetzt aber auch darum, dass wir den Menschen in der Ukraine und den Menschen helfen, die vor den Angriffen, die vor Todesgefahr flüchten – mit allen Möglichkeiten, die wir haben. Bayern muss als reiches Bundesland hier natürlich vorgehen. Das ist unsere humanitäre Pflicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind also in einer Situation, in der eigentlich alle politischen Kräfte zusammenstehen sollten, in der kleinlicher Parteienstreit um des eigenen Vorteils willen zurückstehen sollte. Deswegen bin ich auch froh und dankbar, dass auch der Ministerpräsident unserer Einladung gefolgt ist und bei unserer Demonstration auf dem Königsplatz gesprochen hat.

Aber Stichwort Parteienstreit: Ich habe den Eindruck, dass das leider bei der CDU unter Friedrich Merz und der CSU unter Markus Söder nicht der Fall ist. Ich hatte den Ministerpräsidenten eigentlich so verstanden, dass jetzt alle zusammenarbeiten müssen, gerade eben wieder. Aber es dauert immer nur wenige Tage, manchmal vielleicht

auch nur ein paar Minuten, und er macht schon wieder das Gegenteil. Dann wird Opposition um jeden Preis gemacht, weil er damit offensichtlich hofft, politischen Profit zu erzielen. Er zeigt keine Verantwortung für das große Ganze, sondern es geht ihm um parteipolitischen Eigennutz.

(Beifall bei der SPD)

Es geht ihm nicht um die Menschen, nicht um Deutschland, nicht um Bayern, es geht ihm vor allem um ihn selbst, um Markus Söder. Er will durch Fundamentalopposition gegen die Ampel für sich politisches Kapital ausschlagen. Dazu kommt noch, dass viele der Vorschläge, die hier gemacht werden, unseriös sind, egal ob in der Frage der Energieversorgung oder der Energiepreise.

So wird gefordert, man solle prüfen, ob die noch nicht stillgelegten Atomkraftwerke in Deutschland länger laufen können, ob das etwas bringt. Die Bundesregierung hat das sorgfältig geprüft und objektiv und transparent gezeigt, dass es nichts bringt. Trotzdem fordert die CSU weiterhin eine Verlängerung der Laufzeiten

(Zuruf)

und streut auf unredliche Art und Weise Zweifel an der Prüfung. Das zeigt: Ihnen geht es nicht um eine Lösung, sondern es geht Ihnen um pure Opposition und eigennützige Vorteile.

(Beifall bei der SPD)

Zudem versuchen Sie durch solche Manöver, von den eigenen Fehlern und Versäumnissen abzulenken. Sie haben in Bayern – man muss es einfach immer wieder sagen – die ertragreichste und günstigste Form der Energieerzeugung vollständig ausgebremst: die Windkraft. Windkraft ist im Übrigen im Gegensatz zur Atomkraft eine sichere Form der Energieerzeugung. Hätten wir so viele Windräder wie im SPD-regierten Brandenburg, bräuchten wir in Bayern längst kein russisches Gas mehr zur Stromerzeugung.

Ich will den Ministerpräsidenten an der Stelle schon korrigieren, weil er hier einfach Falschinformationen verbreitet hat: Wir brauchen nicht 3.000 Windräder, um die drei noch laufenden Atomkraftwerke zu ersetzen, sondern man geht eigentlich davon aus, dass 200 bis 300 Windräder pro Atomkraftwerk ausreichend sind. Vielleicht sollte man ihm das an der Stelle auch sagen.

Bayern hat durch die falsche Politik von Horst Seehofer und Markus Söder in dieser Hinsicht ein erhebliches Modernisierungsdefizit. Sie schaden damit der Zukunft unseres Bayern, und Sie schaden der bayerischen Wirtschaft. Statt Bayern zu einem Vorzeigeland für die Energiewende zu machen und den Anspruch zu formulieren, auch die bayerische Industrie vollständig mit klimaneutraler Energie zu versorgen, ist der Freistaat – und das ist eine Tatsache – unter der CSU das Bundesland mit der höchsten Abhängigkeit von russischem Gas und Öl. Das ist eine Bankrotterklärung für Ihre Energiepolitik.

(Beifall bei der SPD)

Den immer wieder vorgetragenen Verweis auf die Wasserkraft empfinde ich in diesem Zusammenhang als geradezu lächerlich. Die Wasserkraft wurde vor über 100 Jahren in Bayern eingeführt. Wenn Sie sich jetzt auf diese berufen und hier von großen Potenzialen sprechen, zeigt das nur, dass Sie in der Vergangenheit leben und kein Konzept für die Zukunft haben.

(Beifall bei der SPD)

Weil es gerade darum geht: Jetzt hat der Ministerpräsident davon gesprochen, man müsse die Vergütung für die kleine Wasserkraft erhöhen. Das haben Sie doch schon längst gemacht. Da haben doch Ramsauer und Nüßlein, die beide Wasserkraftwerke haben, erfolgreich lobbyiert. Vielleicht sollte man das an der Stelle auch mal erwähnen.

(Beifall bei der SPD)

Der Freistaat, Herr Kreuzer, ist bei den erneuerbaren Energien leider nur ein Scheinriese. Auch wenn Sie und auch der Herr Aiwanger sich die Situation gerne schönreden, wird im Freistaat nicht mal die Hälfte des hohen Strombedarfs aus eigener Produktion durch erneuerbare Energien gedeckt. Damit rangieren wir eben hinter anderen Bundesländern, hinter sieben anderen Bundesländern, hinter Schleswig-Holstein, hinter Mecklenburg-Vorpommern, hinter Brandenburg und müssen Strom importieren. Das ist die Wahrheit.

Wenn wir wirklich unabhängig von Putins Gas werden wollen, müssen wir jetzt endlich den Windkraft-Stopp 10 H aufheben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir auch in unserem Dringlichkeitsantrag letzte Woche ein bayerisches Sofortprogramm für den Ausbau der erneuerbaren Energien gefordert, um richtig Tempo zu machen bei der Nutzung von Windenergie, von Geothermie, beim Ausbau des klimaneutralen Verkehrs und der Wärmegewinnung.

Natürlich sind die hohen Energiepreise für viele Menschen ein großes Problem. Das ist ein großes soziales Problem. Um das zu wissen, brauchen wir aber nicht Markus Söder und die CSU. Genau deswegen hat die Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz vielfache Hilfen und Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger beschlossen. Wir heben den Steuergrundfreibetrag rückwirkend zum 1. Januar um fast 400 Euro an. Wir erhöhen den Arbeitnehmerpauschbetrag um 200 Euro. Die Pendlerpauschale wird angehoben. Die EEG-Umlage wird zum 1. Juli dieses Jahres komplett abgeschafft. Damit werden viele Haushalte deutlich bei den Stromkosten entlastet. Wir gewähren Grundsicherungsempfängern eine Einmalzahlung und erhöhen den Heizkostenzuschuss. Das sind gezielte Entlastungen für die hart arbeitenden Menschen in diesem Land, die besonders von den hohen Öl- und Gaspreisen betroffen sind. Das zeigt: Wir handeln, Sie reden nur.

(Beifall bei der SPD)

Dabei werden wir es aber nicht belassen. Wir werden angesichts der weiter steigenden Heizkosten, Benzin- und Strompreise auch weitere Entlastungen für die Menschen und auch für die Wirtschaft beschließen. Wir wollen und wir werden den Menschen helfen und Arbeitsplätze in Deutschland und in Bayern sichern. Sie hingegen wollen politisches Kapital aus der Krise schlagen.

Das zeigt sich auch an Ihrer Forderung nach einer Senkung der Mehrwertsteuer. Die ist nach europäischem Recht nicht zulässig, das Bundesfinanzministerium hat das ausführlich geprüft. Sie nehmen sich jetzt Polen als Vorbild. Dort wird das gemacht. Sie sollten vielleicht aber auch daran denken, dass manche Länder in der Europäischen Union es mit dem europäischen Recht nicht ganz so genau nehmen. Ich weiß nicht, ob Polen für uns ein gutes Vorbild ist. Für uns ist es das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Vorschlag ist also nicht nur rechtlich unzulässig, sondern auch ökonomisch falsch. Sie nehmen damit nicht nur Mitnahmeeffekte von Energieunternehmen und Spekulanten in Kauf, sondern unterstützen damit jene, die nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Müssen wir jetzt Porsche-Cayenne-Fahrern einen staatlichen Zuschuss zum Tanken geben?

(Beifall bei der SPD)

In einem sozialen Staat sollen jene die Zuschüsse bekommen, die sie brauchen, und nicht die, die sie nicht brauchen. Es gibt viel bessere und zielgenauere Hilfen, die die Bürgerinnen und Bürger entlasten, zum Beispiel Energieschecks wie in Frankreich oder Direktzahlungen, wie es der Corona-Familien-Bonus war. Das ist eine Lösung, die aber noch durch Entlastungen für Gewerbetreibende und Unternehmen ergänzt werden muss. Daran arbeiten wir, weil wir die Menschen bei den hohen Energiepreisen deutlich entlasten wollen.

Ich persönlich kann mir aber auch vorstellen, dass wir zusätzliche Gewinne von Energieunternehmen durch den Krieg kappen. Frankreich macht das. Tatsache ist nämlich, dass weder die gestiegenen Rohölpreise noch die Steuern den starken Anstieg der Benzin- und Dieselpreise erklären. Hier versuchen doch bestimmte Konzerne und Spekulanten in schamloser Weise, vom Krieg zu profitieren und zusätzliche Profite einzufahren. Dazu habe ich von Herrn Söder merkwürdigerweise noch kein Wort gehört.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kreuzer, wollen Sie das durch staatliche Maßnahmen noch befördern? – Wir wollen das jedenfalls nicht. Seit Jahren hören wir von Ihnen übrigens auch nichts zu den ständig steigenden Mieten in vielen Teilen Bayerns. Diese fressen bei vielen Menschen die Hälfte des Einkommens oder noch mehr auf. Das aber scheint Sie nicht zu interessieren. Das, was Markus Söder und die CSU als Problem beim Lebensunterhalt der Menschen ausmachen, ist schon sehr selektiv.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einen Punkt erwähnen, der zeigt, dass Herr Söder und Herr Merz an einer konstruktiven und gemeinsamen Lösung in Wahrheit nicht so interessiert sind. Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro vorgeschlagen. Obwohl wir, die SPD, uns immer als Partei der Abrüstung verstehen, verschließen wir uns nicht der Realität. Ich erwähne nur das Stichwort "Zeitenwende". Deutschland braucht angesichts der aggressiven, skrupellosen und kriegstreiberischen Politik von Wladimir Putin eine verteidigungsfähige und gut ausgerüstete Bundeswehr, die ihren Bündnisverpflichtungen und ihrer Verantwortung besonders in Europa nachkommen kann.

Als Olaf Scholz am 27. Februar im Bundestag seine Pläne vorgestellt hat, hat die Union stehend applaudiert. Sie haben selbst davon gesprochen, diese Vorschläge mitzutragen. Nur wenige Tage später stellt aber Herr Söder auf Twitter alle möglichen Op-

positionsforderungen auf und versucht schon wieder Schlagzeilen zu produzieren. Auch das zeigt: Ihnen geht es nicht um die Sache und um das Gemeinwohl, sondern Ihnen geht es nur um den parteipolitischen Vorteil.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auch daran erinnern: Sie fordern etwas, was die Verteidigungsminister der Union, den CSU-Verteidigungsminister Freiherr von und zu Guttenberg eingeschlossen, 16 Jahre lang nicht geschafft haben. Diese jahrelange Misere ist nicht nur mit fehlendem Geld begründet. Sie liegt auch an mangelnder Führungsfähigkeit oder, um es deutlicher zu sagen, an der politischen und organisatorischen Unfähigkeit von Unionspolitikern.

(Beifall bei der SPD)

Das belegen die Dauerprobleme bei der Beschaffung. Der jahrelange Umgang mit dem fehlerhaftesten Gewehr G36, das Problem in Hammelburg, wo seit 20 Jahren erfolglos versucht wird, ein Schwimmbad für die Bundeswehrekaserne zu bauen, weil das dortige Staatliche Bauamt mit zu wenig Personal ausgestattet ist, oder auch der millienschwere Skandal um die Gorch Fock und das Problem mit einem neuen schweren Transporthubschrauber für die Bundeswehr sind nur einige wenige Beispiele. Im Fall der Gorch Fock sind übrigens wegen des Verdachts der Korruption im Januar die ersten Anklagen erhoben worden. Wenn Sie die Diskussion seriös führen würden, müssten Sie solche Probleme auch offen und ehrlich ansprechen. Das tun Sie aber nicht, und ich frage mich, warum.

(Beifall bei der SPD)

Beispiele für Missmanagement, Geldverschwendung und so weiter wie bei der Gorch Fock bilden eine Überleitung zum heutigen zweiten Thema, zu Corona. Herr Söder, bei Ihrem Corona-Management hat wirklich nur die Vetternwirtschaft Ihrer Partei funk-

tioniert. Sie haben Millionen verschleudert, und Frau Tandler, Herr Sauter und Herr Nüßlein haben sich die Taschen vollgemacht.

(Beifall bei der SPD)

Der Untersuchungsausschuss "Maske", den wir durchgesetzt haben, hat schon erste wichtige Ergebnisse gebracht. Ich sehe Markus Rinderspacher. Ich halte fest: Niemand in Bayern hat so teure Masken eingekauft wie die Staatsregierung. Rund 11 Euro hat sie für eine Emix-Maske ausgegeben, nur weil Frau Tandler und Frau Hohlmeier bei der Staatsregierung angeklopft und Sie dafür die Tür aufgemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Was ist mit den Herren Nüßlein und Sauter? – Die Kassenärztliche Vereinigung hat mitgeteilt, dass Nüßlein es auch dort versucht hat. Dort hat man aber das Angebot sofort abgelehnt. Warum? – Es hat nicht den Kriterien entsprochen, Herr Bausback. So einfach ist das. Bei der Staatsregierung waren die Kriterien aber offenbar anders. Kommt das Angebot von einem Parteifreund, wird es angenommen. Das, lieber Herr Söder, ist auch Ihr Corona-Krisen-Management in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt bringt sich der Bayerische Ministerpräsident wieder als Corona-Warner in Stellung. Einmal ist er das selbsternannte Team Vorsicht, aber mit den höchsten Corona-Zahlen aller Bundesländer, dann erklärt er sich plötzlich zum Team Freiheit, und jetzt spielt er wieder im Team Maske. Über Neujahr hat er Verständnis für Impfgegner entwickelt, nachdem er vorher noch die Impfpflicht ab 12 Jahren gefordert hat. Jetzt schimpft er wieder darüber, dass die Maßnahmen nicht hart genug sind. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wollen Sie nicht umsetzen. Gleichzeitig geht Ihnen nicht alles weit genug. Ja, was denn nun? Für was stehen Sie denn eigentlich in der Corona-Politik?

(Beifall bei der SPD)

Das kann wahrscheinlich niemand genau sagen. Eines steht aber fest: Der Ministerpräsident spielt vor allem im Team Eigennutz. Wenn er überhaupt einen politischen Kompass hat, dann zeigt er keine klare Richtung, sondern dann zeigt er nur auf ihn selbst, auf Markus Söder.

(Beifall bei der SPD)

Die Ampel wird einen soliden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Es wird Basischutzmaßnahmen geben, es wird Hotspot-Regelungen geben, und übrigens ist bei allen Regelungen der Bayerische Landtag zu beteiligen. Sie haben es über zwei Jahre hinweg nicht geschafft, das Parlament wirklich maßgeblich zu beteiligen. Sie haben allenfalls symbolische Beteiligungen praktiziert.

(Beifall bei der SPD)

Fest steht, dass wir einen Weg aus der Pandemie brauchen. Ja, wir sollten mehr Freiheit und Eigenverantwortung wagen. Die Vorsicht und Umsicht dürfen wir dabei aber nicht vergessen. Wenn ich mich richtig erinnere, waren das zu Anfang des Jahres auch Markus Söders Worte. Der Unterschied ist nur, dass unser Gesundheitsminister Karl Lauterbach – im Gegensatz zu anderen ein Mann vom Fach – darauf achtet, dass es nicht leichtsinnig zugeht. Er hält Kurs und wechselt nicht ständig die Richtung. Jetzt sagt Markus Söder plötzlich, wir wüssten nicht, was im Herbst kommt. Ich sage Ihnen: Deswegen setzen wir auf die Impfpflicht. Statt aber Zweifel und Sand ins Getriebe zu streuen, wäre es richtig, dieses Vorhaben zu unterstützen und gemeinsam und konstruktiv den Weg aus der Pandemie zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Bundeskanzler Olaf Scholz hat zusammen mit Karl Lauterbach die Umsicht und das Augenmaß, das Markus Söder fehlt. Herr Kreuzer, Sie reden über die epidemische Lage. Die Fortschrittskoalition in Berlin hat die Schulen den ganzen Winter über offen-

gehalten, weil uns das wirklich wichtig war und weil wir statt mit Ankündigungen und Shows mit Umsicht und Augenmaß vorgegangen sind. Während andere nach einem Lockdown gerufen haben, hat uns Olaf Scholz ohne Lockdown und ohne Schulschließungen sicher durch den Winter gebracht. Deutschland steht bei Corona, seit Olaf Scholz Bundeskanzler ist, im internationalen Vergleich gut da.

(Beifall bei der SPD)

Herr Mehring, Sie haben nicht einmal in Bayern die vereinbarte 2G-plus-Regel in Wirtshäusern umgesetzt. Jetzt beschwert sich der Ministerpräsident, dass die geplanten Corona-Maßnahmen nicht ausreichen. Sehen wir uns einmal die aktuellen Zahlen in Bayern an. Wir haben jetzt schon wieder eine Inzidenz von rund 2.000, bei der Impfquote stehen wir aber bei mageren 73,8 %. Es wartet noch viel Arbeit auf Sie. Das ist natürlich schwieriger, als eine Schlagzeile zu produzieren oder sich in eine Talkshow einladen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, was ich glaube? – Der erneute Sinneswandel von Markus Söder in der Corona-Politik ist den hohen Infektionszahlen und damit Ihrem eigenen Kurswechsel, Herr Herrmann, vom Jahresende geschuldet. Sie tragen die Verantwortung für die hohen Corona-Zahlen in Bayern, weil Sie die Vorschläge von Olaf Scholz, Karl Lauterbach und der Ministerpräsidentenkonferenz hier nicht umgesetzt haben. Sie haben wieder einen Egotrip mit schlimmen Folgen veranstaltet. Jetzt wollen Sie die Verantwortung auf die Bundesregierung schieben. Ich sage Ihnen: Das ist billig.

(Beifall bei der SPD)

Machen Sie lieber Ihre Hausaufgaben in Bayern, statt ständig Forderungen nach Berlin zu richten und zu schimpfen. Das Politbarometer zeigt, es kommt bei den Menschen nicht gut an. Olaf Scholz ist viel beliebter als Söder. Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD steigt in den Umfragen. Das ist die Wahrheit. Wir brauchen endlich

einen klaren Kurs in der Corona-Politik. Wir müssen die Menschen, die aus der Ukraine in der Not zu uns kommen, gut unterbringen und versorgen. Dabei müssen wir unsere Städte und Gemeinden unterstützen. Das machen wir auch gleich in der "Aktuellen Stunde" zum Thema. Bayern braucht gute Politik, die die Aufgaben anpackt und Probleme löst. Bayern braucht keine Dauerwerbesendung in eigener Sache. Wir brauchen Einsatz für den Menschen, für Bayern und für das Allgemeinwohl, statt Eigennutz und Ego-Show. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion. Das ist die dritte Zwischenbemerkung von der AfD.

Gerd Mannes (AfD): Herr von Brunn, ich muss etwas zum Thema regenerative Energien nachfragen. Gerade haben Sie tatsächlich behauptet, dass ein Kernkraftwerk ungefähr 200 bis 300 Windkraftträdern in Bayern entspreche. Jetzt rechne ich Ihnen einmal etwas vor. Sie sagen mir, wer recht hat.

Florian von Brunn (SPD): Herr Mannes, ich verstehe Sie leider nicht richtig.

Gerd Mannes (AfD): Darf ich fragen? Oder wollen Sie es nicht hören?

Florian von Brunn (SPD): Wenn ich Sie nicht verstehe, nützt es nichts.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte Sie, die Frage von Anfang an und laut zu stellen.

Gerd Mannes (AfD): Andere Zwischenbemerkungen waren heute auch schon sehr leise. Das kann ich bestätigen. Ich versuche, ganz nah an das Mikrofon gehen.

Ich frage noch einmal zur Energiewende: Block C des Kernkraftwerks Gundremmingen produziert 1.300 Megawatt. Ein Kernkraftwerk hat – das kann man so sagen –

7.800 Volllaststunden. Damit wären das – 1.300 mal 7.800 – ungefähr 10 Millionen Megawattstunden Strom. Für eine Windkraftanlage in Bayern kann man die 3-Megawatt-Klasse zugrunde legen. Eine Windkraftanlage hat jedoch nur 1.600 Volllaststunden pro Jahr. 3 Megawatt mal 1.600 Volllaststunden sind 4.800 Megawattstunden Strom. Wenn Sie das teilen, brauchen Sie in der Realität – das ist nicht die Nennleistung – 2.100 Windkrafträder. Jetzt sagen Sie mir, ob Sie Ahnung von erneuerbaren Energien haben oder ich?

(Beifall bei der AfD)

Florian von Brunn (SPD): Herr Mannes, 200 bis 300 große neue Windräder können das leisten. Das wurde vielfach, übrigens auch von Energieexperten, berechnet. Ich stelle aber fest, dass die AfD heute wieder sehr viel heiße Luft produziert, die man leider nicht zur Energiegewinnung nutzen kann.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben Sie noch am Pult. Es geht weiter mit Zwischenbemerkungen. – Entgegen der Ansage spricht jetzt jedoch Herr Prof. Dr. Winfried Bausback. Bitte schön, Herr Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr von Brunn, sind Sie ernsthaft der Meinung, dass Beliebtheitswerte eine Aussagekraft für eine erfolgreiche Krisenbewältigung haben? Sind Sie ernsthaft der Ansicht, dass es die Abschreckungskraft der Bundeswehr steigert, wenn man in Hammelburg von den 100 Milliarden Euro ein Schwimmbad baut? – Das wollen Sie offensichtlich. In einem Punkt haben Sie recht: In dieser Krisenzeit brauchen wir keine Ego-Shows. Die größte Ego-Show, die ich erlebt habe, war jedoch Ihre, Herr von Brunn. Die Punkte, die Sie aufgezählt haben, waren zum Teil so absurd, dass sie keinen Ansatz für eine Krisenbewältigung bieten. Ich sage Ihnen: Wenn jemand mit einem Finger auf andere zeigt, zeigen drei Finger zurück. Das ist Ihnen eben gerade passiert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Bausback, ich merke, dass Sie sich über die Umfragewerte im Politbarometer geärgert haben. Das merkt man einfach. Sie haben sich über Ihre schlechten Umfragewerte und die schlechten Umfragewerte von Markus Söder geärgert. Ich glaube, am meisten zeigt Markus Söder mit dem Finger nach Berlin. Ich weiß nicht, was Sie haben.

Wenn die Bauverwaltung eines Landes für den schlechten Zustand von Kasernen und Projekten zuständig ist, ist es richtig, das anzusprechen. Das können Sie natürlich unter den Teppich kehren, wie Sie alle Probleme der Bundeswehr, die die Union verursacht hat, gerne unter den Teppich kehren. Wir werden das als Opposition jedoch im Interesse unserer Soldatinnen und Soldaten ansprechen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

– Sie sind doch gar nicht mehr dran. Als Jurist kennen Sie doch die Geschäftsordnung.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Das war's. – Damit komme ich zur nächsten Rednerin. Das ist Frau Julika Sandt von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Sandt.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst Corona und jetzt die Ukraine – das sind zwei große Krisen hintereinander. Da gibt es wirklich viel zu stemmen. Ich gebe als Oppositionspolitikerin unumwunden zu, dass die Staatsregierung hier keine leichte Aufgabe zu stemmen hat. An dieser Stelle ist gutes Krisenmanagement gefragt.

Wie ist die Situation gerade in Bayern? – Ich nehme drei Bilder aus der letzten Woche. Am Dienstagabend jubeln 25.000 Fans in der Allianz Arena für den FC Bayern. Das sei ihnen herzlich gegönnt. Am Samstag laufen drei Jugendliche mit einem Bollerwagen und einer Musikbox durch den Landkreis Ansbach und bekommen eine Strafanzeige, weil sie keine Masken getragen und die Mindestabstände nicht eingehalten haben. Das nächste Bild war am Mittwoch am Münchner Hauptbahnhof. Einige von uns haben es erlebt. Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN waren auch dort. Es waren auch viele Stadträte da. Der Saal, in dem die vielen Geflüchteten auf Feldbetten schlafen mussten, war komplett überfüllt, stickig und hat gestunken. Es gab keine Lüftung und keine Corona-Tests. – All das ist letzte Woche mitten in Bayern passiert.

Krisenmanagement sieht meines Erachtens anders aus. Ich bin sehr dankbar, dass uns die vielen ehrenamtlichen Helfer alle auf den Plan gerufen haben. Ich bin dankbar für den Weckruf der Helfer. Ja, es war richtig zu intervenieren. Es war gut, dass die Presse Druck aufgebaut hat. Dafür bedanke ich mich sehr. Danach ist endlich etwas passiert. Die Situation auf dem Hauptbahnhof hat sich inzwischen sehr stark gebessert. Zwar gibt es noch viel zu tun, aber es ist eine klare Besserung festzustellen.

Es steht jedoch eine Riesenkrise bevor. Rund 2,9 Millionen Menschen, überwiegend Frauen, Kinder und Senioren, haben bereits ihr Heimatland, die Ukraine, verlassen. Sie sind vor Panzern, Bomben und Raketen geflüchtet. Nach Bayern kommen Zehntausende, vielleicht Hunderttausende Menschen. Im Vergleich zu den 2,9 Millionen Menschen ist das keine so große Zahl. Für uns und die Ehrenamtlichen, die vor Ort sind, ist das jedoch eine riesig große Zahl. Hinter jeder Zahl steht ein Einzelschicksal. Gestern war ich zu verschiedenen Stellen unterwegs, wo Geflüchtete betreut wurden. Ich habe unter anderem mit einer Frau in der Kleiderkammer gesprochen. Sie sagt, das Schlimmste seien Kinder, die reinkämen und keinen Blickkontakt suchten. Sie merkt, wie traumatisiert diese Kinder sind. Es ist ein Segen, dass es die Ehrenamtlichen, die Wohlfahrtsverbände und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen

und Landkreise gibt, die schon seit Beginn der Flüchtlingskrise die Ärmel hochkrempeln und sich Tag und Nacht bemühen, diese Menschen unterzubringen. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP)

Der Bund hat jetzt den Königsteiner Schlüssel für die Verteilung angekündigt. Herr Ministerpräsident, Sie mokieren sich über den Bund. Wenn beim Bund etwas schief läuft, dann geben wir das gerne weiter. Wir sind aber hier im Landtag, und Sie sind die Landesregierung.

(Dr. Markus Söder (CSU): Die Staatsregierung, nicht die Landesregierung!)

– Sie sind die Regierung eines Bundeslandes. – Was können wir hier in diesem Freistaat Bayern, in diesem Bundesland, tun? Wie können wir uns die Ehrenamtlichen zum Vorbild nehmen, zum Beispiel die Münchner Freiwilligen und die vielen anderen, die nicht auf die Regierung zeigen und sagen, was dort alles schief läuft, sondern die einfach zupacken? – Dieses Zupacken erwarte ich auch von der Bayerischen Staatsregierung.

Wo ist der Krisenstab für die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Bayerns? Wer koordiniert, dass die Menschen, die in den Großstädten ankommen, in die Gemeinden verlegt werden, die über Aufnahmekapazitäten verfügen? Wieso unterstützt die Staatsregierung nicht die Privathaushalte, die bis zu acht Personen aufnehmen und auf den Kosten sitzen bleiben? Herr Ministerpräsident, in dieser Situation ist proaktives und pragmatisches Handeln gefragt.

(Beifall bei der FDP)

Vor allem eines: Beenden Sie den Behördenschwengel. Mein Kollege Alex Muthmann hat mir gestern folgende Situation aus Niederbayern geschildert: Eine geflüchtete Frau im Rollstuhl hat in einer Gemeinde anderthalb Stunden lang alle möglichen Angaben gemacht. Anschließend wurde ihr gesagt, sie müsse zum Landratsamt gehen. Der

Kollege hat dann beim Landratsamt angerufen und gesagt, es könne doch nicht sein, dass diese Dame zum Landratsamt muss. Das Landratsamt habe daraufhin erklärt: Nein, die Dame müsste nicht zum Landratsamt Passau, sondern solle zum Anker-Zentrum in Deggendorf fahren. Das ist doch ein Behördendschungel hoch zehn. In München müssen sich die Menschen meines Wissens bei der Bezirksregierung registrieren, beim KVR ihren Wohnort melden, bei der Ausländerbehörde eine Aufenthaltsgenehmigung und schließlich noch beim Sozialamt Unterstützung beantragen. Dabei wird jedoch keine Ausbildung und kein Beruf erfasst und noch kein Kind in der Schule angemeldet. Wie sollen denn Fachkräfte hier integriert werden, wenn wir überhaupt nicht wissen, wer sie sind?

Wir brauchen einen One-Stop-Shop, der sich um das ganze Meldeverfahren und um den Zugang zum Arbeitsmarkt kümmert. Die Leute müssen da abgeholt werden, wo sie sind. Unter diesen Menschen sind Lehrerinnen und Erzieherinnen. Die Kinder brauchen jetzt eine Tagesstruktur. Das muss man doch zusammenführen. Es gibt da großartige Beispiele: In München hat ein Hotelier privat eine Schule gegründet. Das sollte ein Vorbild sein.

Ein weiteres Thema ist die Gefahr des Menschenhandels. Ich habe letzte Woche im Rahmen einer Zwischenbemerkung – ich hatte dafür nicht viel Zeit – den Innenminister darauf angesprochen. Er sagte, die Polizei sei für dieses Thema sensibilisiert. Ich erwarte mir aber etwas anderes. In den ersten Tagen wurden sehr viele Frauen vermittelt, ohne dass die Adressen derer, die diese Frauen aufgenommen haben, erfasst worden sind. Wir dürfen vor dem Thema Menschenhandel die Augen nicht verschließen. Deshalb muss es ein zentrales Register und die Möglichkeit von Kontrollen geben. Ich denke, jeder, der Menschen in seriöser Absicht aufnimmt, erwartet, dass hier nachgefragt und kontrolliert wird. Das sind Gott sei Dank sehr viele Menschen, bei denen wir uns sehr herzlich bedanken müssen.

Die Frauen brauchen einen Flyer in ukrainischer Sprache, der sie darüber informiert, wohin sie sich wenden können, wenn bei der Aufnahme etwas schief läuft. Das muss

24 Stunden am Tag möglich sein. Momentan gibt es eine Hotline zum Thema Flucht, wo aber niemand zu erreichen ist. Diese Hotline ist angeblich rund um die Uhr besetzt. Die Bundesregierung hat die Einrichtung einer App angestoßen, die auch das Thema Menschenhandel behandeln soll. Jede Geflüchtete muss aber schon bei der Ankunft die nötigen Informationen erhalten.

Ich möchte etwas zu Frau Schulze sagen: Frau Schulze hat eine Bemerkung gemacht, in der sie die Freiheit von Menschen im Krieg mit den Masken in einen grünen Suppentopf geworfen hat, um gegen die FDP zu polemisieren. Ich fand das unsäglich. Richten Sie Frau Schulze bitte aus, dass ich von ihr erwarte, dass sie sich für diese Bemerkung entschuldigt.

(Beifall bei der FDP)

Noch kurz zu den Spritpreisen: Sie wissen, dass der Heizkostenzuschuss, die Pendlerpauschale und der Grundfreibetrag erhöht werden. Die EEG-Umlage wird vorzeitig ausgesetzt. Grundsicherungsempfänger erhalten eine Einmalzahlung. Außerdem wird es an den Tankstellen einen Krisenrabatt in Höhe von 40 Cent geben. Natürlich passt es Ihnen nicht, dass die Bürger an den Tankstellen sehen werden, dass Herr Lindner einen Krisenrabatt eingeführt hat. Ihre Rabattmarken-Fantasie ist dagegen unsäglich.

Herr Kreuzer, natürlich ist es nicht so, dass jede Tankrechnung erfasst werden soll. Der Staat agiert mit der Mineralölwirtschaft auf der Basis der Gesamtmenge des verkauften Sprits. Sie müssten eigentlich wissen, dass die Senkung der Mehrwertsteuer EU-rechtlich so nicht möglich ist. Sie müssten auch wissen, dass die Energiesteuer maximal um 29,5 Cent zu senken ist. Sie haben eben 50 Cent ins Spiel gebracht, um unsere 40 Cent zu übertrumpfen. Das ist aber ein Luftschloss, das wie eine Seifenblase zerplatzt, um Herrn Kollegen Kreuzer zu zitieren. Der Krisenrabatt kommt dagegen sofort im Geldbeutel an. Vielleicht werden Sie sich selbst auch einmal an der Tankstelle darüber freuen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf den fraktionslosen Kollegen Oskar Atzinger zu seiner Jungfernrede aufrufen. Bitte schön, Herr Atzinger.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Nulla salus bello, pacem te poscimus omnes" – so schrieb der römische Dichter Vergil vor mehr als 2.000 Jahren. "Im Krieg liegt kein Heil, dich, Frieden, fordern wir alle." Die kriegerische Auseinandersetzung in der Ukraine ist meiner Meinung nach die Folge einer expansiven Politik der NATO, die die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands ignoriert.

(Zurufe)

Ich bin kein Ukrainer, sondern Deutscher, genauer gesagt Bayer. Daher sind unsere Sanktionen nichts anderes als ein Schuss ins eigene Knie.

(Zuruf: Wer hat Sie bezahlt?)

– Ich habe genug Geld. – Die USA und China werden als lachender Dritter bzw. Vierter aus dieser Krise herausgehen. Ja, ich habe Angst, dass sich der Ukraine-Konflikt zu einem Flächenbrand ausweitet. Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg, wo sich die Konfliktparteien als Schlafwandler verhielten, besteht jetzt die Gefahr, dass der Konflikt absichtlich geschürt wird, um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.

(Beifall bei der AfD)

Ich bin nicht bereit, mich am größten medizinischen Experiment der Menschheitsgeschichte, auch Corona-Impfung genannt, zu beteiligen. Daher werde ich seit einem Jahr diskriminiert.

(Zurufe)

Ich bin inzwischen mehr als 50 Mal getestet worden. 31 Tests habe ich mitgebracht, weitere 20 liegen bei meinem ehemaligen Arbeitgeber. Alle waren negativ.

(Zurufe)

Trotzdem durfte ich monatelang nicht ins Wirtshaus, und ich darf immer noch nicht ins Schwimmbad.

(Zurufe)

– Darf ich mal um Ruhe bitten? – Wie Sie sehen, bin ich deswegen nicht verhungert. Aber nach mehr als vier Monaten ohne Schwimmbad bekomme ich inzwischen Krampfadern. Die Corona-Maßnahmen schädigen also meine Gesundheit und auch die vieler anderer Menschen in diesem Staate.

(Zurufe)

– Schwimmen, nicht waschen!

Herr Söder, die Worte "Pacta sunt servanda" aus Ihrem Mund finde ich unheimlich spaßig; denn Sie sind inzwischen zu einem Drehhofer 2.0 mutiert. Enden möchte ich mit einem Zitat von Galileo Galilei respektive von Bertolt Brecht:

Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. Wir haben eine Intervention von Frau Schmidt.

Oskar Atzinger (fraktionslos): Von welcher Fraktion?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Von den FREIEN WÄHLERN.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Normalerweise tut man es niemandem an, bei der ersten Rede gleich eine Intervention nachzuschieben. Ich verstehe jetzt, warum Sie nicht einmal von der AfD aufgenommen worden sind. Sie sind sogar für die AfD zu weit am rechten Rand. Hier ist nicht der richtige Platz, um sich um Ihre Krampfadern Sorgen zu machen. Hier wird das nicht behandelt. Hier geht es um Demokratie. Das ist ein Parlament. Außerdem heißt es "Herr Ministerpräsident". Diese Anrede wäre am ersten Plenartag nicht verkehrt.

(Zurufe – Lachen)

Wenn Sie dem Parlament die Demokratie absprechen, dann hätten Sie dieses Mandat vielleicht gar nicht annehmen sollen; dann hätten Sie uns viel erspart.

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Schmidt. – Bitte schön, Sie haben Gelegenheit zu antworten.

Oskar Atzinger (fraktionslos): Ich wollte nur das nur als Pars pro Toto verstanden wissen und exemplarisch darlegen,

(Zuruf)

wie die Gesundheit der Bevölkerung durch die Corona-Maßnahmen geschädigt wird. Vom Maskentragen und einer zu geringen Sauerstoffzufuhr habe ich sowieso noch nichts gesagt.

(Beifall – Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Damit ist der Beitrag beendet. Ich bedanke mich. Eine weitere Zwischenbemerkung ist nicht möglich, weil sie während der Rede hätte angemeldet werden müssen. – Ich darf jetzt als nächsten Redner den Sprecher der CSU-Fraktion, den stellvertretenden CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Winfried Bausback aufrufen. Bitte schön, Herr Prof. Dr. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz zum Vorredner: Im Statut von Rom ist klar geregelt, dass ein Angriffskrieg ein Verbrechen ist. Es ist klar geregelt, dass ein Angriff auf Krankenhäuser und Entbindungsstationen ein Verbrechen ist. Wer diese Verbrechen verharmlost, wer so etwas rechtfertigt, verdient nicht, hier im Bayerischen Landtag zu reden und zu sitzen. Er verdient auch nicht, dass wir ihn hier in irgendeiner Weise als Kollegen betrachten.

(Beifall)

Ich bin entsetzt. Kolleginnen und Kollegen, ich bin auch deshalb entsetzt, weil ich noch nie erlebt habe, dass mir eine Krise persönlich so nahe kam. Ich bin am vergangenen Freitag nach dem Untersuchungsausschuss relativ spät von München nach Aschaffenburg gefahren. In Nürnberg sind vier junge Frauen mit etwa 10 bis 12 Kindern – das Jüngste war ein Baby; es war auch ein Zweijähriger dabei – im Abteil dazugestiegen und weiter als bis Aschaffenburg gefahren. Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch nie eine solche Verzweiflung, ein solches Leid in Gesichtern von Menschen gesehen. Dass hier irgendjemand auf die Idee kommt, angesichts dieses Verbrechens, dieses Kampfes um Demokratie, der letztlich – das ist meine Überzeugung – von den Ukrainerinnen und Ukrainern auch für unsere westlichen Demokratien geführt wird, von berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands zu sprechen, ist sowas von absurd!

Kolleginnen und Kollegen, Friedrich Merz hat Folgendes einmal am Anfang der Krise ganz deutlich formuliert; ich wiederhole es hier: Putin weiß, dass er von der NATO nicht angegriffen wird. Putin hat Angst vor den Demokratiebewegungen in seinen Nachbarstaaten und führt dagegen einen brutalen, einen menschenrechtswidrigen, einen abscheulichen Krieg. Das sollte keiner von uns relativieren, die wir seit so langer Zeit Frieden und Freiheit genießen, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, uns eint die Empathie zu dieser Situation. Das ist gut und wichtig so. Aber, Kolleginnen und Kollegen, nehmen doch auch Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ab! – Frau Kollegin Sandt, die gar nicht mehr da ist, die Corona-Krise und die Ukraine-Krise sind nicht zusammenhangslos als Problem zu sehen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die ehrenamtlichen Strukturen brauchen; die braucht übrigens jedes Land der Bundesrepublik Deutschland in dieser Situation. Vielleicht kann das einer der Kollegen der FDP der Kollegin ausrichten. Wenn Sie die Fernsehbilder aus Berlin sehen, dann wissen Sie, dass wir und unsere Ehrenamtlichen in Bayern in dieser akuten Krise sehr gut agieren konnten. Aber wir müssen auch alles dafür tun, dass die Strukturen leistungsfähig bleiben.

Wenn wir das Mindestmaß an Schutzmaßnahmen, das wir noch bis zu zwei Wochen verlängern können, auch noch niederlegen, dann möchte ich nicht erleben, dass unsere Feuerwehr, unsere Rot-Kreuz-ler, die Caritas, die Malteser und wer auch immer sich hier einsetzt, größere Ausfälle in der Mannschaft haben, Kolleginnen und Kollegen; denn wir können auf unser ehrenamtliches Netzwerk nicht verzichten.

Herr Kollege von Brunn und Frau Schulze, es ist auch ideologisch, wenn Sie so tun, als ob die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke angesichts einer steigenden Elektromobilität überhaupt keine Auswirkungen auf unsere Energieversorgung hätte. Es ist genauso ideologisch, verblendet zu meinen, dass in einer Krise die Methode, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen und es dann am Ende differenziert über eine wahnsinnige Bürokratie auszuteilen, die Lösung sei. Kolleginnen und Kollegen, das wird nicht funktionieren.

(Zuruf)

Kolleginnen und Kollegen, natürlich dreht das auch an der Preisspirale. Die Mehrwertsteuer und die Energiepreise schlagen durch. Kunstdünger hat zum Beispiel einen der höchsten Energieanteile am Weltenergieverbrauch. Das wird die Nahrungsmittel und

die Logistik, die wir im Hinblick auf die hohe Industrialisierung in unserem Land brauchen, teurer machen. All das wird nach oben gehen; die Preise werden steigen. Die einzige Möglichkeit, hier sinnvoll gegenzusteuern, ist mit einer simplen Maßnahme auf die Krise zu reagieren, und zwar, indem man den Menschen das Geld in den Taschen lässt, es nicht erst herauszieht und dann über das Agieren von Hunderten, von Tausenden braven und leistungsfähigen Beamten alles wieder so verteilt, dass davon bei den Menschen am Ende wesentlich weniger ankommt.

In der Krise braucht es einfache und wirkungsvolle Methoden. Das sind nun einmal Steuersenkungen und nicht irgendwelche Verteilschlachten. Herr von Brunn und Frau Schulze, die nicht da ist, aber vielleicht kann es irgendjemand der Kollegin ausrichten, es geht in einer Krise nicht um ein Blame Game.

(Zuruf)

Das könnten Sie bei der früheren Umweltministerin der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz sehen. Sie hat auch nicht verstanden, dass es in einer Krise nicht darum geht, wer den Schwarzen Peter in der Hand hält, sondern darum, Lösungen zu finden. Kollege von Brunn, deshalb geht es auch nicht um irgendwelche Beliebtheitsumfragen bei Civey, INSA oder Ähnliches, sondern darum, dass wir uns um die zentralen Krisenbewältigungsmethoden intensiv streiten, dann aber auch gemeinsam versuchen, Lösungen zu finden. Das habe ich Ihrem Beitrag nicht entnommen, Herr von Brunn.

Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie hinausgehen, dann sehen Sie den Würfel der Demokratie; der Landtag ist ja ein Ort der Demokratie. Auf der einen Seite steht "ICH", "DU", "WIR" eingraviert; das ist für mich ein Zeichen dafür, dass wir hier lebhaft streiten, aber dann, wenn es um eine große Krise geht, eine gemeinsame Grund- und Werthaltung haben sollten. Wir sind uns zumindest bei den demokratischen Fraktionen einig, was die Werthaltung angeht; das ist das Positive, was ich der heutigen Debatte entnehme. Aber Kollege von Brunn, Frau Schulze und Frau Sandt, bei der sachlichen und gemeinsamen Diskussion von Lösungen für die Herausforderungen, die

jetzt auf dem Tisch liegen, erwarte ich mir eigentlich weniger emotionale und mehr sachliche Debatten, als wir sie heute in Ihren Wortmeldungen erlebt haben. Ich finde es schon auch ziemlich merkwürdig, wenn die Kollegin Sandt jetzt in dieser akuten Situation – der Innenminister hat in der letzten Debatte ausgeführt, dass es um die Grundbedürfnisse, um das Unterbringen und Vorstrukturieren geht – versucht, über die Fragestellungen der Beschulung, der Registrierung, der Eingliederung in den Arbeitsmarkt wieder einen Vorwurf zu konstruieren. Aus meiner Sicht ist das nicht nur durchsichtig, sondern am Ende des Tages auch schädlich und auch ein bisschen schäbig. Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns deshalb nicht nur die gemeinsame Wertebasis betonen, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): – sondern auch gemeinsam und sachlich nach Lösungen suchen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Uli Henkel von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, gerade gehend! Liebe Mitbürger, geschätzte Kollegen! Bald drei Wochen wütet sie nun schon, die neue Realität in Europa. Der Krieg ist aus den staubigen Wüsten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens auf den alten Kontinent zurückgekehrt. Mittlerweile hat er in Form von Bombardements nun auch schon den Westen der Ukraine – unweit der polnischen Grenze und damit der Türschwelle zur NATO – erreicht. Keine 800 Kilometer Luftlinie sind es nur von Passau nach Lemberg. Spätestens jetzt sollte jedermann verstehen,

warum uns dieser Konflikt buchstäblich so nahegeht. Erneut ist es ein Bruderkrieg, der durch nichts zu rechtfertigen ist.

Indes gestaltet sich aber das Vordringen der russischen Armee in den vergangenen Wochen wohl langsamer als gedacht. Die Ukrainer erwehren sich tapfer des materiell überlegenen Feinds, dessen Wirtschaft an der Heimatfront sanktionsbedingt im Gegenzug den schlimmsten Crash ihrer jüngsten Geschichte erlebt. Grund zur Hämme besteht jedoch nicht, erhöht dieses zähe Ringen doch letztendlich nur das Risiko einer weiteren Intensivierung dieses Konflikts.

Wir dürfen neben den Abermillionen von Einzelschicksalen aber vor allem auch die ja noch viel weitergehenden mittel- und langfristigen Konsequenzen eines solchen Kriegs nicht vernachlässigen, egal ob es sich um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Nationen oder den globalen Handel, ja die weltweite Ernährungs- und Versorgungslage insgesamt handelt. Es geht sogar noch weiter bis hin zur Frage eines möglicherweise doch noch eintretenden Bündnisfalles oder sogar einer ernsthaften Bedrohung durch nukleare Waffen. Das wäre dann definitiv der Super-GAU.

Mir geht es heute um das regelrecht zerfetzte Tischtuch an unserer festlichen Tafel, die ja nach dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs neu eingedeckt worden ist und an der sich doch für jeden ein Platz finden ließ, ohne dass die Ellenbogen des Nachbarn ihm das Mahl vergällen mussten.

Nun schauen wir in diesen Tagen ungläubig auf die neuen Realitäten. Dabei wissen doch gerade wir Deutschen nur allzu gut; ich zitiere von Clausewitz: Im Krieg gibt es keine Gewinner. – Ich übersetze dies nun noch klarer: Im Krieg gibt es nur Verlierer. All das zeigt uns wieder einmal: Diplomatie ist der einzig gangbare Weg, um solche Konflikte beizulegen; denn Armeen können zwar siegen, aber eben keinen Frieden bringen. Auch der Ministerpräsident hat das vorhin erwähnt.

Deeskalation auf allen Ebenen – wie beispielsweise jetzt die Sperrung des Bosphorus für alle Kriegsschiffe aller beteiligten Parteien – ist ein richtiger Schritt. Ansonsten kön-

nen aus meiner Sicht aber nur direkte Verhandlungen zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine – je höherrangig, desto besser – das Leiden der Zivilbevölkerung und auch das Sterben der Soldaten auf beiden Seiten beenden.

Dazu müssen wir die Kriegsparteien ermutigen. Wenn Druckmachen oder aber auch andere Aktionen vielversprechend sind, dann sollten wir auch davor nicht zurückschrecken. Nur was gar nicht – unter keinen Umständen – geht, ist, sich in diesen Krieg hineinziehen zu lassen. Weder für Deutschland, noch für die NATO! Nicht durch flehende Appelle, aber auch nicht durch moralischen Druck, egal ob von Literatinnen oder durch den Präsidenten der Ukraine selbst!

Ja, dieser Krieg geht uns verdammt noch mal etwas an! Wir sind als Politiker aber zunächst denjenigen verpflichtet, die sich uns anvertraut haben, und haben insoweit sicherlich nicht das Recht, unsere Bevölkerung aus moralischen Überlegungen heraus in eine Auseinandersetzung hineinzuziehen, an der diese keine Schuld trägt; abgesehen davon, dass wir es im Winter gerne warm haben und uns die russische Seele irgendwie doch ganz nahe ist.

Die menschlichen Schicksale, die wir nun tagtäglich erleben, machen uns wütend und animieren uns gleichzeitig; denn wir wollen alle helfen – und viele tun das auch schon. Die Bürger spenden großzügig und von ganzem Herzen. Die Freiwilligen sind in den Städten und Gemeinden, wie ich erst am Wochenende wieder am Münchner Hauptbahnhof erleben durfte, eine riesige Stütze. Sie sind die erste Anlaufstelle, und sie zeigen den hier ankommenden Menschen aus der Ukraine ganz direkt: Ihr seid in Sicherheit. Ihr könnt fürs Erste aufatmen. Wir kümmern uns um euch. – Nicht alles ist sofort perfekt. Aber alles ist besser, als zu Hause in den Kellern zu sitzen und auf den Einschlag der nächsten Rakete zu warten.

Genau dafür hat Deutschland am 4. März auch die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie in Kraft gesetzt, um den bei uns Schutzberechtigten unbürokratisch und so umfangreich wie noch nie in der Vergangenheit zu helfen. Ich muss nun aber leider auch

Wasser in den Wein schütten, indem ich anmerke: In Sachen Drittstaatenangehörige setzt die Landespolizei nach meinen Erkenntnissen diese Richtlinie nicht so um, wie es doch deren Intention ist; sie lässt Personen in deren Genuss kommen, für die diese Verhaltens- und Vorzugsregeln nicht gedacht waren.

Obwohl allen politischen Akteuren von Anfang an klar war, dass sich 2015 nicht wiederholen darf, steigen, wie ich selbst gesehen habe, ausgeruhte junge Männer – offensichtlich afrikanischer Herkunft – gemeinsam mit völlig übermüdeten Frauen und Kindern aus dem Zug, um den Registrierungsbeamten zu signalisieren, nein, man habe keine Ausweispapiere dabei, während die Ukrainer alle ihre Pässe vorlegen können.

Dabei legt die Massenzustrom-Richtlinie doch ganz klar fest, dass Drittstaatler die Privilegien der Ukrainer nur dann genießen dürfen, wenn sie kumulativ a) sich am 24.02. mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel rechtmäßig in der Ukraine aufgehalten haben und b) ihnen eine gesicherte Heimreise in ihre Herkunftsländer nicht möglich ist. Geschätzte Kollegen, eine Studienbescheinigung mag ja einen sogenannten Ukraine-Bezug belegen, aber auch die Ukraine vergibt an Studenten keine unbefristeten Aufenthaltstitel; und eine sichere Heimreise wäre spätestens von München aus jederzeit möglich.

Nur – und jetzt kommt's –, wenn der Pass angeblich weg ist und man deshalb keinen Flug buchen kann, dann ist der perfide Plan auch schon aufgegangen, sprich: Man kann bleiben – und mit ein wenig Glück sogar deutlich kommoder, als dies 2015 der Fall gewesen wäre, genießt man jetzt ja die Privilegien eines Ukraine-Flüchtlings.

Der Ministerpräsident ist nicht mehr da, aber noch Herr Innenminister Herrmann: Ich möchte Sie deshalb in aller gebotenen Form, aber auch mit allem Nachdruck dazu auffordern, die bayerische Polizei anzuweisen, die Massenzustrom-Richtlinie streng auszulegen, also nicht à la Faeser; schon alleine deswegen, damit die wirklich einmalige Hilfsbereitschaft so vieler Menschen, denen es oft selbst gar nicht mal so gut geht,

nicht schon bald wieder nachlässt! Denn helfen wollen viele, sich ausnützen lassen aber sicherlich nur die wenigsten.

Ich komme zum Schluss: Lassen Sie uns also gemeinsam, jeder an seinem Platz, alles in unserer Macht Stehende tun, um a) dazu beizutragen, diesen Krieg und sein Blutvergießen so rasch wie möglich zu beenden; b) den zu uns kommenden Menschen so gut wie irgend möglich zu helfen; c) lassen Sie uns dieses Drama auch eine Lehre sein!

Deutschland als Mittelmacht muss unbedingt wieder ein glaubwürdiger und fairer Mittler zwischen den Blöcken werden, der humanitäre Hilfe zu leisten imstande und sowohl hinsichtlich der Landesverteidigung als auch des Bündnisfalls wehrfähig ist. Der Krieg in der Ukraine lehrt uns, dass in diesen Tagen nichts sicher ist und wir uns tagaus, tagein dafür einsetzen müssen, dass die Festtafel, von der ich anfangs sprach, eine solche für alle ist; denn ansonsten kann wohl am Ende niemand mehr seine Mahlzeit so richtig genießen.

Unser aller Gedanken sind auch heute wieder bei den Menschen in der Ukraine. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner ist nun der Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER an der Reihe. Herr Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege von Brunn, mich treibt kein Politbarometer um, sondern das Schicksal der Menschen in der Ukraine.

(Zuruf)

Ich danke dem Präsidenten und den Menschen in der Ukraine, dass sie sich wehrhaft und mannhaft dem Aggressor Putin entgegenstellen und damit auch unsere Freiheit und Sicherheit verteidigen; denn nicht auszudenken wäre es gewesen, wenn das in drei Tagen zu Ende gewesen wäre. Dann wäre als nächstes Moldawien drangekommen und dann der "Baltikumtest". Nicht auszudenken, wie das hätte enden können!

(Beifall)

Ich bin auch den Kanzlern des Nachkriegsdeutschlands sehr dankbar und nenne sie jetzt beim Namen: Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl, die während des Kalten Krieges mit großem Geschick, aber auch großer Entschlossenheit unsere Freiheit verteidigt haben. Jetzt ermessen wir, in welcher Gefahr wir damals standen. Ich bin heilfroh, dass wir uns so klar zu einer Westbindung, zu einer Mitgliedschaft in der NATO und zum Aufbau einer Europäischen Union bekannt und uns dafür eingesetzt haben. Das war der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich war auch beeindruckt, als Außenministerin Annalena Baerbock sich bei der Regierungserklärung am Sonntag vor einigen Wochen klar von dem antimilitaristischen Ansatz der Friedensbewegung der 1980er-Jahre distanziert hat. Das ist ihr sicher nicht leichtgefallen; aber ich fand es bewundernswert, dass sie das getan hat.

Dennoch sage ich: Jetzt müssen den Worten Taten folgen. Jetzt muss man Nägel mit Köpfen machen. Da hilft es nichts, wenn die Kollegin Schulze etwas erzählt von einem Heizkostenzuschuss im Juli und vom Bund, der die Steuern kassiert, und das Land soll dann irgendwelche Härteausgleiche zahlen. – Nein, jetzt geht es darum, dieses Land, Bayern und Deutschland, resilient zu machen in der Verteidigung, in der Gesundheit, in der Landwirtschaft und bei der Energie.

Ich möchte zwei oder drei Sätze zum Thema Landesverteidigung sagen; denn da liegt tatsächlich vieles im Argen. Da werden wir jetzt alle Kräfte bündeln müssen, um wie-

der verteidigungsfähig zu werden; denn eines ist doch klar: Kriege werden nicht mit Waffen, sondern mit Willen gewonnen; aber ohne Waffen hilft der größte Wille nichts. Momentan sind wir nicht verteidigungsfähig, weil uns dazu die Grundlagen fehlen. Ich verweise auf das Buch von Josef Kraus und Richard Drexl: "Nicht einmal bedingt abwehrbereit". – Das ist leider die Realität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir haben eine Zeitenwende. Diese Zeitenwende bedeutet auch, dass wir jetzt in militärische Sicherheit investieren müssen. Da möchte ich hier ganz nachdrücklich dafür werben, dass das maßgeblich in Bayern stattfindet. Hier war die Bundeswehr immer willkommen. Hier haben wir Soldaten, die verstehen, was es heißt, ein Flugzeug zu führen, was es heißt, ein Flugzeug zu reparieren. Hier haben wir die Manpower, ob das in Bad Reichenhall, Cham, Freyung, Hammelburg, Mittenwald, Füssen, Volkach, Fürstenfeldbruck, Sonthofen oder Dillingen, ob das in Neuburg, im Lechfeld oder in Kaufbeuren ist. Diese Standorte dürfen jetzt nicht hinten runterfallen. Mich hat einigermaßen verwundert, dass als Erstes aus dem Verteidigungsministerium kommt: Den A400 brauchen wir nicht im Lechfeld, den tun wir nach Wunstorf. – Das ist das falsche Signal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Da sind wir alle gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da können Sie auch in der Opposition in Berlin Lobbyarbeit für die bayerischen Standorte machen.

Aber wir müssen noch etwas Weiteres bedenken. Es ist nicht nur die Verteidigungsfähigkeit, sondern auch die Verteidigungsbereitschaft. Da werden wir jetzt sehr intensiv und engagiert mit klarer Zielsetzung das Gesellschaftsjahr, und zwar das verpflichtende Gesellschaftsjahr zu diskutieren haben mit dem Ziel, es einzuführen. Nein, nicht die Rückkehr zur alten Wehrpflicht, nein, man soll wählen können zwischen sozialen Diensten, zwischen Gesundheitsdiensten, Rettungsdiensten, Umweltdiensten und eben der Wehrpflicht. Aber wir brauchen diese Dienste auch, und zwar verpflichtend,

damit wir im militärischen Bereich wieder klar und deutlich Verteidigungswillen zeigen; denn eingebettet in eine starke NATO, in eine starke EU, in eine starke Armee können wir das Signal an Aggressoren senden: Wir sind keine leichte Beute. Wir wehren uns. Finger weg!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die FDP-Fraktion hat viele Maßnahmen mitgetragen, weil sie notwendig waren, um die Bevölkerung zu schützen und eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern. Sie hat genauso unverhältnismäßige Freiheitseinschränkungen immer konstruktiv kritisiert.

Sie aber, Herr Ministerpräsident, sind einfach nur dagegen. Seit dem 7. März steigen die Zahlen wieder. Inzwischen haben wir fast 200.000 neue Infektionen und eine 7-Tage-Inzidenz von deutschlandweit 1.585. Die Virusvariante BA.2 ist in Bayern mit 50 % bereits vorherrschend, in München – wir haben es heute gehört – sind es schon 70 %. Die Zahlen steigen, ja, aber sie explodieren nicht. Die Lage in den Kliniken ist stabil. Die Bereinigung der Hospitalisierungsrate, längst überfällig, vor allem auf den Intensivstationen längst überfällig, würde ein klareres Bild der Infektionslage wiedergeben.

Die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes treten am 20. März in Kraft. Dennoch haben die Bundesländer die Möglichkeit, ihre bisherigen Corona-Verordnungen bis zum 02.04. zu verlängern, wovon Bayern – es wurde heute angedeutet – sicherlich Gebrauch machen wird. Die in Berlin getroffenen Maßnahmen nehmen vor allem den Schutz der vulnerablen Gruppen in den Blick. Diese müssen weiterhin besonders geschützt werden. Deswegen bleiben Masken und Testpflicht sinnvollerweise erhalten.

Wenn sich die Infektionslage weiter dynamisiert, können die Länder selbst strengere Regelungen beschließen. Sie, Herr Söder, haben es also in der Hand, allen baye-rischen Unkenrufen zum Trotz. Schöpfen Sie erst einmal die Ihnen zur Verfügung ste-henden Maßnahmen aus! Strengere Regelungen können greifen, wenn sich eine ge-fährlichere, also deutlich stärker krankmachende Virusvariante als Omikron in einer Region ausbreitet, und ebenso, wenn die Fallzahlen hoch sind, besonders stark stei-gen und eine Überlastung der Krankenhauskapazitäten droht. In diesen Fällen sind Maskenpflichten, Abstandsgebote, Hygienekonzepte sowie Impf-, Genesenen- oder Testnachweise, also Regelungen wie 2G und 3G, wieder möglich.

An dieser Stelle wird auch von Ihnen kritisiert, dass es keine konkreten Grenzwerte gibt. In diesem Fall ist die Kritik angekommen. Die Voraussetzungen sollen nach mei-nem Wissen rechtssicher ausgestaltet werden.

Wir alle hoffen auf eine entspannte Normalität, zumindest in den kommenden warmen Monaten. Jedem ist es selbst überlassen, sich zu schützen und mehr Schutz für sich selbst vorzuhalten. Dafür gibt es auch kein Verbot. Wir müssen den Menschen Eigen-verantwortung zurückgeben. Dafür bieten die geplanten Änderungen Möglichkeiten.

Herr Söder, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Herr Lauterbach tue Ihnen fast schon ein bisschen leid. Mir tun die vielen Kinder und Jugendlichen in diesem Land leid, die immer noch Maske tragen müssen und viel von ihrer Kindheit und Jugend unwieder-bringlich verloren haben.

(Beifall bei der FDP)

Überall um uns herum wird gelockert und zur Normalität übergegangen. Sie sehen den Wunsch vieler Menschen nach Normalität aber als Blindflug an. Wir sollten den kommenden Sommer nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern ihn zum Optimie-ren nutzen. Die Umsetzung eines flächendeckenden Abwassermonitorings, wie von uns bereits gefordert, würde die Ausbreitung neuer Virusvarianten und das Infektions-geschehen frühzeitig aufzeigen.

Herr Söder, halten Sie sich an das, was Sie heute gesagt haben: Machen Sie Ihre Hausaufgaben in Bayern, und hören Sie auf, immer andere zu belehren! Freuen Sie sich über den Blumenstrauß, der Ihnen von der Bundesregierung übergeben wird! Agieren Sie präventiv! Wechseln Sie endlich ins "Team Freiheit" mit Weitblick!

Abschließend halte ich fest: Sie kritisieren, dass Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen, Tanzverbote oder Zuschauerobergrenzen wegfallen. Hier muss man sich ein wenig ehrlich machen. Die Kontaktbeschränkungen sind vor allem im privaten Bereich nicht zu kontrollieren. Die Maskenpflicht, Hygienekonzepte und Zugangsregeln sind weiterhin möglich. Die Verantwortlichkeit für entsprechende Konzepte liegt bei den Ländern.

Ich schließe: Ich frage mich, wieso in anderen Ländern geht, was bei uns nicht möglich sein soll.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Was erwarten Sie denn, wenn Sie nicht lockern wollen? Was muss passieren, damit Sie öffnen? Herr Gesundheitsminister, wo sind Ihre Lösungsansätze?

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie haben noch Redezeit gewonnen. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Bausback von der CSU gemeldet. Herr Bausback, bitte.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Spitzer, Sie haben eben en passant eingeräumt, dass die Maßnahmen, die man jetzt auf die Länder abwälzt, rechtlich nicht ausgereift sind und dass man auf Bundesebene Nachbesserungsbedarf sieht, weil es rechtlich so nicht funktionieren wird. Die Kriterien sind ja nicht gewichtet. Das wird verfassungsrechtlich nie und nimmer Bestand haben.

Sie haben gesagt, Sie bessern das nach. Bis wann wollen Sie denn nachbessern? Bis wann soll das denn passieren, wenn diese Übergangsfrist in zwei Wochen abläuft?

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Herr Prof. Bausback, Sie haben die Antwort gerade selbst gegeben: bis in zwei Wochen. Daran muss sich die Ampelkoalition auch messen lassen. Ich erwarte hier aus Bayern von der Ampelkoalition, dass sie entsprechend liefert und bei den Punkten Klarheit schafft, die bis dato nicht zu hundert Prozent geklärt sind. Ich gehe davon aus, dass das so passiert.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.